

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,50 Pf.,
im voraus zahlbar. Vierteljahr 7,25 Pf.,
einjährlich 26 Pf., Postzeitung- und
12 Pf. Postbestellgebühren. Auslands-
abonnement 6.— Pf. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags
zwei- bis dreimal, Sonntags und Feiertags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Beilagen „Wolk
und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-
stimme“, „Lehrling“, „Bild in die
Wörterwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konfessions-
politik des Reiches. Die
„Klein-Anzeigen“ des
Verlags sind in zwei
Hälften geteilt, jede
Hälfte 12 Pfennig, jedes
weiteren Wort 1 Pfennig.
Stellenangebote das
erste Wort 15 Pfennig,
jedes weiteren Wort
10 Pfennig. Anzeigen
für zwei Wochen 20
Pfennig. Anzeigen für
drei Wochen 25 Pfennig.
Anzeigen für vier Wochen
30 Pfennig. Anzeigen
für sechs Wochen 40
Pfennig. Anzeigen für
acht Wochen 50 Pfennig.
Anzeigen für zehn
Wochen 60 Pfennig.
Anzeigen für zwölf
Wochen 70 Pfennig.
Anzeigen für vierzehn
Wochen 80 Pfennig.
Anzeigen für sechzehn
Wochen 90 Pfennig.
Anzeigen für achtzehn
Wochen 1,00 Pfennig.
Anzeigen für zwei
Monate 1,10 Pfennig.
Anzeigen für drei
Monate 1,20 Pfennig.
Anzeigen für vier
Monate 1,30 Pfennig.
Anzeigen für fünf
Monate 1,40 Pfennig.
Anzeigen für sechs
Monate 1,50 Pfennig.
Anzeigen für sieben
Monate 1,60 Pfennig.
Anzeigen für acht
Monate 1,70 Pfennig.
Anzeigen für neun
Monate 1,80 Pfennig.
Anzeigen für zehn
Monate 1,90 Pfennig.
Anzeigen für elf
Monate 2,00 Pfennig.
Anzeigen für zwölf
Monate 2,10 Pfennig.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37586. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depostenkasse Lindenstr. 2

Henderson für schnelle Räumung.

Appell an Frankreich und Belgien.

London, 5. Juli. (Eigenbericht.)

Der dritte Tag der Debatte über die Thron-
rede im Unterhaus war auf Grund einer Vereinbarung
zwischen den Parteien der Außenpolitik gewidmet.
Er gab dem Außenminister Henderson in Beantwortung
einer Reihe von Fragen, die der frühere Außen-
minister Chamberlain an ihn gestellt hatte, Gelegen-
heit, eine Anzahl bedeutungsvoller Erklärungen
zu den Problemen der Räumung des Rhein-
landes, der englisch-russischen Beziehungen, der Unter-
zeichnung der Fakultativ-Klausel und der Beziehungen
zu China zu geben.

Henderson

begann seine Rede, seine erste als Außenminister, mit der Fest-
stellung, die französische Presse habe vor kurzem einen Artikel mit
seiner Unterschrift gebracht, in der er Meinungen zur auswärtigen
Politik äußerte. Die Aufmerksamkeit dieses Artikels habe fälschlich den
Eindruck erweckt, als seien diese Feststellungen von ihm seit Über-
nahme seines Postens als Außenminister gemacht worden. In
Wirklichkeit habe er eine aus dem Zusammenhang
herausgerissene Stelle einer Rede behandelt, die er
auf dem internationalen sozialistischen Kongress im vorigen Jahre
in Brüssel gehalten habe.

Henderson ging hierauf auf die von Chamberlain angeschnittenen
Fragen der englisch-russischen Beziehungen ein und
teilte mit, daß sich hinsichtlich der Handelsvertrags-
verhandlungen Meinungsverschiedenheiten gezeigt hätten, die zur
Zeit unter Beratung stünden.

Zur Frage der Unterzeichnung der Fakultativ-Klausel
des ständigen Gerichtshofes im Haag übergehend,
betonte der Außenminister, daß Großbritannien diese Klausel nicht
unterzeichnen werde, ohne vorher allen Problemen, die sich hierbei
stellen, entsprechende Beachtung zu schenken.

Was die Beziehungen zu Rußland anbelangt, so verlas
Henderson eine von den Juristen des Außenamts stammende
Darstellung der Rechtslage zwischen Großbritannien und Rußland,
in der die Auffassung ausgesprochen wurde, daß die Anerkennung
Rußlands durch England im Jahre 1924 infolge des Abbruchs der
Beziehungen im Jahre 1927 gesehlich nicht rückgängig gemacht worden
dürfte. Die völkerrechtlichen Pflichten und Rechte zwischen den
beiden Staaten hätten deshalb auf die Beziehungen der beiden
Nationen untereinander weiterhin Geltung. Die britische
Regierung wünsche eine Wiederaufnahme der normalen Handels-
beziehungen; sie weise sich hierbei in voller Übereinstimmung mit
einem Großteil der öffentlichen Meinung Großbritanniens ohne
Rücksicht auf die Parteistellung. Die Regierung sei entschlossen,
diese Frage so schnell als möglich zu erledigen. Sie sei

jedoch vor einem Eintreffen der Antworten der Dominien nicht
möglich.

Der Außenminister betonte hierauf, daß ein Fortschritt auf der
Grundlage von Locarno und des Kellogg-Paktes gemacht werden
müsse, falls diese Instrumente der Friedenspolitik jene Wirkung
ausüben sollen, die bei ihrer Schaffung erwartet worden sind. Die
Zeichnung der Fakultativ-Klausel sei nicht der einzige Schritt, sondern
lediglich der erste. Die Räumung des Rheinlandes, fuhr Henderson
fort, müsse in Zukunft gegenüber den Deutschen, die — soweit er
sehe — bisher alle ihre Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag
erfüllt hätten, so schnell als möglich durchgeführt werden. Er sei
jedoch fest davon überzeugt, daß eine stückweise Räumung (gemeint
ist hiermit die Räumung durch eine einzelne Macht) nicht im
Interesse Europas liege und für die Deutschen eine ebenso große
Enttäuschung bedeuten würde, wie die Verzögerung der Räumung
überhaupt.

„Wir haben,“ so sprach Henderson wörtlich,
„keinen Grund zur Annahme, daß die franzö-
sische oder belgische Regierung der völligen
Räumung des Rheinlandes irgendwelche unüber-
windliche Widerstände in den Weg setzen werden.
Großbritannien wird, insbesondere auf der kommenden
Reparationskonferenz, alles tun, was in seiner Macht
steht, allen Großbritannien zur Verfügung stehenden
moralischen Einflüssen einzusetzen, um eine schnelle
Entscheidung zugunsten einer völligen Räumung
des Rheinlandes herbeizuführen.“

Der Staatssekretär im Außenministerium,

Dalton,

betonte in einer Rede, die sich hauptsächlich mit den Methoden
der Außenpolitik der gegenwärtigen Regierung beschäftigte,
die Arbeiterregierung plane bei allen wichtigen Fragen die Dominien
mit heranzuziehen. Es werde unter der jetzigen Regierung nicht
postuliert, daß die Dominien zu Protesten darüber gezwungen
würden, daß sie in Fragen von größter Bedeutung für das gesamte
Reich vor vollendete Tatsachen gestellt würden.

Die außenpolitische Aussprache gab auch dem in Deutschland
als ehemaligen (kommunistischen) Korrespondenten des „Daily
Herald“ und des „Manchester Guardian“ bekannten neugewählten
sozialistischen Abgeordneten Philipp Price Gelegenheit zu seiner
Sonderrede im Unterhaus. Price betonte, daß der Einfluß der

kommunistischen Internationale in Asien im starken Rückgang
begriffen sei, wodurch eine der konservativen Lieblingsargumente
gegen die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Rußland und
England an Bedeutung verloren hätten.

Räumungsvorbereitungen.

Interne Befehlsmaßnahmen im vollen Gange.

Köln, 5. Juli. (Eigenbericht.)

Wie die „Kölnische Zeitung“ berichtet, werden die Räu-
mungsvorbereitungen der Befehlshaber in Koblenz
in größerem Umfange fortgesetzt. Der französische General-
stab soll nach Ansicht eines französischen Journalisten Vorbereitungen
für die frühzeitige Räumung der Koblenzer Zone angeordnet
haben. Die zuständigen deutschen Stellen sind allerdings über
die militärischen Maßnahmen der Befehlsmächte noch nicht in
Kenntnis gesetzt. Die Entwicklung wird sich vielmehr so abspielen,
daß die militärischen Räumungsvorbereitungen erst in dem Augen-
blick vollstehen, da die Rheinlandkommission für den Rück-
transport bei der Reichsbahn Züge anfordern wird.

Die Befestigung des Gebietes kann daher unter Umständen sozu-
sagen von einem Tag auf den anderen erfolgen. In diesem Zu-
sammenhang teilt die „Kölnische Zeitung“ noch mit, daß die mili-
tärischen Stellen bereits mit einer großen Koblenzer Expedi-
tionsfirma in Verbindung getreten sind und einen Euentual-
auftrag erteilt haben. Man rechnet auch damit, daß der Schul-
betrieb der dortigen Befehlsschulen nach den Ferien nicht mehr
aufgenommen wird.

Englischer Regierungsbefehl: sofort Truppen- übungen abbrechen!

Frankfurt a. M., 5. Juli. (Eigenbericht.)

Wie wir erfahren, ist dem englischen Hauptquartier von der
englischen Regierung in London der direkte Befehl übermittelt
worden, die Truppenübungen in der Eifel und in der Gegend
von Simmern sofort einzustellen. Irgendwelche Anord-
nungen über die Räumung des besetzten Gebietes sind nicht einge-
troffen. Damit erübrigen sich auch die Mitteilungen eines englischen
Blattes, wonach bereits ein Stab von militärischen Rechnungs-
prüfern in Wiesbaden tätig sei, um die deutschen Schadenersch-
ansprüche für Verluste während der Besetzungszeit zu prüfen.

Nach den holländischen Wahlen.

Kein politischer Kurswechsel möglich.

Amsterdam, 5. Juli. (Eigenbericht.)

Das Bild der Zweiten Niederländischen Kammer erfährt keine
nennenswerte Veränderung. Eine Mehrheitsbildung im
Sinne der demokratischen Reorientierung wird mit der
Kammer vom Juli 1929 ebenso wenig möglich sein wie mit der
Kammer vom Juli 1925.

Die niederländische Sozialdemokratie hat sich im all-
gemeinen gut geschlagen. Momentlich das rote Amsterdam
bleibt mit einem Zuwachs von 22 000 Stimmen und einer sozial-
demokratischen Gesamtstimmengabe von mehr als 134 000 Stimmen
nach wie vor die Hochburg der niederländischen Sozialdemokratie.
Auch Rotterdam mit 94 393 Stimmen hat eine Zunahme um
11 000 sozialdemokratische Stimmen zu verzeichnen.

Von den drei kommunistischen Gruppen werden
künftig die Richtung De Biffer und die Richtung Wijnkoop in der
Kammer vertreten sein; an ein Zusammenarbeiten beider Kommu-
nisten ist natürlich nicht zu denken. Die Sozialistisch-Revolutionäre
Gruppe des Herrn Sneevliet, des Leiters des sozialistischen Natio-
nalen Arbeitssekretariats, bleibt mit etwa 19 000 Stimmen weit
hinter der für ein Mandat erforderlichen Ziffer von 33 000 Stimmen
zurück.

Von den konservativen Parteien haben die Antirevo-
lutionären ein Mandat verloren, so daß sie künftig nur noch
über 12 Vertreter verfügen werden, während die Christlich-
historischen ihre 11 Mann zu behaupten vermochten. Die
Liberalen sind geschwächt, da sie statt bisher 9 nur noch
8 Abgeordnete besitzen. Die freisinnigen Demokraten haben
sich ebenfalls behauptet.

Die niederländischen Wahlen zeigen deutlich, daß eine Ge-
sundung der politischen Verhältnisse des Landes nur durch eine
weitere Stärkung der Sozialdemokratischen Arbeiter-
partei herbeigeführt werden kann. Während die Katholiken trotz
aller äußerlichen Einheit durch Interessengengelage zerrissen sind,
ist die Sozialdemokratie immerhin bereits heute der stärkste ein-
heitliche politische Machtfaktor im Lande.

Der Vertrag mit der Kirche

Volkspartei einst und jetzt. — Zentrum und Republik

Der Preussische Landtag nahm gestern abend
in einfacher Abstimmung den Staatsvertrag
mit der katholischen Kirche an.

Der Preussische Landtag nahm in seiner Freitag-
sitzung die zweite Lesung des Staatsvertrages zwischen
Preußen und dem Päpstlichen Stuhl vor. Vor
Eintritt in die Tagesordnung dementierte der Volksparteiler
Ladendorff die Meldungen volksparteilicher Blätter, daß der
Wirtschaftspartei zur Belohnung für die Annahme des
Staatsvertrages das Handelsministerium von der preussischen
Regierung angeboten worden sei. Er fügte hasthaft hinzu,
daß die Wirtschaftspartei überhaupt nicht mit der Volks-
partei um Ministerposten in Preußen wetzeln wolle.

Der Staatsvertrag selbst war im Ausschuss unverändert
angenommen worden mit den Stimmen des Zentrums, der
Sozialdemokraten und der Demokraten, also der drei Regie-
rungsparteien, und der Wirtschaftspartei. Deutschnationale
und eine Anzahl kleinerer Parteien stimmten dagegen, weil
nicht gleichzeitig ein Vertrag mit der evangelischen Kirche ge-
schlossen würde; sie erklärten sich aber sonst mit dem Inhalt
des Vertrages einverstanden. Gegen den Vertrag selbst
haben nur Kommunisten, Nationalsozialisten und — Deutsche
Volkspartei sich gewendet.

Dabei sind aus dem Vertragswerk auch die letzten
Zweifel ausgeräumt worden. Der Artikel 1 des Kirchenver-
trages sichert den Katholiken freie Übung ihres
Glaubens zu. Mit sehr gewaltsamen Auslegungen hat
man versucht, das dahin zu deuten, als könnte von dieser Be-
stimmung aus ein katholischer Anspruch auf die
Schule hergeleitet werden. Inzwischen haben die beiden
vertraglichschließenden Parteien die Erklärung abgegeben, daß
die Schule von dem Vertrage weder direkt noch indirekt be-
rührt werde. Es handelt sich also im Artikel 1 nur um den
ungestörten Gottesdienst.

Gegen Artikel 5, der von den Kirchen und kirchlichen
Gebäuden handelt, die der Staat der Kirche weiterhin über-
läßt, hat man das Bedenken erhoben, daß sein Umfang sich
schwer übersehen ließe. Die beiden vertraglichschließenden
Parteien haben inzwischen erklärt, daß der Artikel sich nur
auf die Grundstücke und Gebäude bezieht, über die
seit 1821 ein besonderer Vertrag zwischen Staat
und Kirche geschlossen worden ist.

Kurzum, es ist bis in die letzte Silbe des Vertrages
sichergestellt, daß weder die materiellen Interessen des
Staates noch die Staatshoheit über die Schule, noch die
geistige Freiheit irgendwie beeinträchtigt werden. Wenn trotz-
dem Kommunisten und Deutsche Volkspartei sich mächtig über
diesen Staatsvertrag aufregten, so muß man das ihrem un-
auslöschlichen Haß gegen die preussische Regie-
rung zugute halten. Aber ebenso muß man feststellen, daß
der Vertrag materiell und ideell weit hinter dem zurückbleibt,
was die Sowjetrepublik der katholischen Kirche zugestanden
haben. Und die Volkspartei muß man daran erinnern, daß
der Vertrag dem deutschen Reichsaussenminister Dr. Strese-
mann vorgelegen hat, und von ihm nicht beanstandet
worden ist; daß die volksparteiliche Reichstagsfraktion einen
kommunistischen Antrag, das preussische Konkordat zu bean-
standen, einstimmig abgelehnt hat; daß die Volkspartei im
Kabinett Stegerwald 1921 ein Konkordat gefordert
hat, und zwar nur für die katholische, nicht auch für die
evangelische Kirche — das steht deutlich in Stegerwalds
Regierungserklärung. Und endlich schafft nichts den Brief des
volksparteilichen Kultusministers Dr. Boelitz aus der Welt,
in dem er am 6. Januar 1922 schreibt, er sei bereit, mit
dem Papst über die Sicherstellung der katholischen Inter-
essen in der Schule zu verhandeln.

Jetzt, wo die Schule reiflos aus dem Vertrage ausge-
lassen ist, spielt die Volkspartei Opposition. Aber die kate-
gorische Aufforderung, Herrn Dr. Boelitz zur Stelle zu
schaffen, die am Freitag mehrfach an sie gerichtet wurde, hat
sie doch nicht ausführen können.

Die Landtagsdebatte über den Staatsvertrag wurde mit
einer Erklärung des Genossen König eingeleitet, die diese
Sachlage noch einmal mit aller Schärfe umriß und eine er-
schöpfend klare Begründung der Haltung der Sozialdemokratie
gab. Im übrigen bestand die Diskussion im wesentlichen aus
Auseinanderjerkungen zwischen Zentrum und Volkspartei, —
das große kommunistische Geschimpfe nimmt so wie so nie-
mand ernst, es bleibe deshalb unbeachtet. Immer wieder
nagelte das Zentrum die Volkspartei darauf fest, daß ihre
Argumente nicht aus der Wehrlosigkeit der Weimarer Ver-
fassung, sondern aus der Brutalität des alten Staates stamm-
ten. Daran anknüpfend gab der Zentrumsabgeordnete
Dr. Linneborn die weitestgehende Sympathieerklä-
rung für die Republik ab, die wir je aus Zentrums-
munde gehört haben. Der Dienst des Zentrums an der Re-
publik und ihr Bündnis mit der Sozialdemokratie sei jetzt
auch dogmatisch vollkommen gerechtfertigt, der Papst habe das
Preußen Otto Brauns in seiner republikanisch-demokratischen

Kraft voll anerkannt. Am heutigen Tage lege die ganze katholische Kirche einen Kranz des Bedenkens und der Ehrung auf das Grab Matthias Erzbergers, der für die Republik gestorben sei.

Ihre Sorgen...

Deutschnationale und Kirchenvertrag.

Zur gleichen Stunde, da das Zentrum im Preussischen Landtag ein neues und besonders begründetes Bekenntnis zur Republik ablegte, veröffentlicht die Pressestelle der Deutschnationalen Partei hoch offiziell den Wortlaut einer Resolution, die von dem deutschnationalen Katholikenausschuss in Potsdam II angenommen worden ist. Darin heißt es, grob summarisch wie immer:

„Die in Preußen herrschende Sozialdemokratie, die grundsätzlich die Stellung der christlichen Kirchen herabmindern und untergraben will, hat ein natürliches Interesse an der Schaffung konfessioneller Gegensätze. Die Deutschnationale Volkspartei sieht es im Sinne der alten konservativen Partei als eine ihrer vornehmsten Aufgaben an, die konfessionellen Gegensätze im deutschen Volk so weit wie irgend möglich zu überbrücken. Die gemeinsame Front aller Christen muß sich gegen ihren eigentlichen und einzigen Gegner, gegen die christenfeindliche und kulturkämpferische Sozialdemokratie, richten. Diese Forderung richtet sich vor allem an das katholische Zentrum, das durch seine Koalitionspolitik in den letzten zehn Jahren seit der Revolution die religionsfeindliche Sozialdemokratie erst regierungsfähig gemacht hat. Es gilt endlich die Solidarität aller Christen gegen den christenfeindlichen Marxismus!“

Nun muß sich das Zentrum gar von den Deutschnationalen über seine christlichen Pflichten belehren lassen und sogar der Papst, der mit dem Sozialdemokraten Otto Braun einen Vertrag schließt, wird von den katholischen Befolgsmännern Hugenbergs in den großen Kirchenbann getan, weil er in der Christenlehre nicht so festsitzt wie die Pastoren Koch und ihre evangelisch-konservativen Marxistentöter-Gehilfen!

Aber während die katholisch-nationalistische Entschließung auf Parteibefehl ins Land flattert, nimmt in Preußen das vermeintliche Unheil seinen Lauf. Deshalb benutzt die deutschnationale Pressestelle in der gleichen Ausgabe ihres parteiamtlich abgestempelten Papiers noch schnell die Gelegenheit, der Welt mitzuteilen, welche Anträge ihre Freunde zum Schutz der Religion dem Papst gestellt haben. Da liest man denn mit Erschauern:

Der erste Antrag bezweckt, die Gefahr abzuwehren, die im Artikel 1 und Artikel 13 des Vertrages für die Staatshoheit in bezug auf die Einmischung der Kirche in die Schule und die Einmischung außerdeutscher Stellen in innerdeutsche Angelegenheiten enthalten sein könnte.

„Gefahr kirchlicher Einmischung in die Schule?“ Heißer Keudell, jetzt gehts dir an den Kragen! Denn auch das Reichsschulgesetz ist noch nicht vergessen, das doch diese Einmischung in ein System bringen sollte.

Die Politik Hanswurfts.

Sakretzungsprünge in Sachsen und Mecklenburg.

Die nationalsozialistische Presse hat es bisher nicht für nötig gehalten, ihren Lesern die Tatsache des nationalsozialistischen Angebots an die Sozialdemokraten und Kommunisten in Sachsen mitzuteilen. Diefelbe Tatsachengefährdung wird von der Hugenberg-Presse geliebt.

In Mecklenburg haben die Nationalsozialisten zwei Bedingungen für ihre Unterstützung einer Rechtsregierung gestellt, darunter die Bedingung, daß der bisherige sozialdemokratische Finanzminister Aisch vor einen Untersuchungsausschuß gestellt und daß er nicht als Beamter beschäftigt werde.

In Sachsen Bündnisangebot an die Sozialdemokraten, in Mecklenburg Ausnahmeregime gegen Sozialdemokraten! Geht der Fall, daß die Nationalsozialisten ihre Forderungen in Mecklenburg nicht durchsetzen — werden sie dann auch dort ein Bündnisangebot an Finanzminister Aisch richten? Möglich ist bei ihnen alles.

In Sachsen toben Herr Killinger und seine Freunde ob der unsterblichen Blamage, die ihnen Herr Rüde im Auftrage der Reichsleitung verschafft hat. Man sagt, daß die Reichsleitung sich aus der Affäre zu ziehen gedenkt, indem sie Herrn von Rüde desavouieren wolle.

Die Blamage aber läßt sich nicht abwachen! Die Rolle des Hanswurfts in der Politik wird den Hitler-Leuten doch verbleiben!

Berurteilter Berleumder.

Was man für 300 M. alles sagen darf.

Leipzig, 5. Juli. (Eigenbericht.)

Der Verleger und Hauptredakteur der „Sächsischen Bauernzeitung“ in Reichen, Ernst Walthar Restler, war vom Landgericht Dresden am 28. Dezember 1928 zu 300 M. Geldstrafe oder 30 Tagen Haft verurteilt worden. Dagegen hatte der Angeklagte Revision beim Reichsgericht eingelegt, die der erste Stroffenrat am Freitag vorwarf.

In der „Sächsischen Bauernzeitung“, als Bundesorgan des Landbundes, erschien am 20. Mai 1928, am Tage der Reichstagswahl, als Entgegnung auf einen Bauernbrief, den die sozialdemokratische Wahlpropaganda herausgab, ein Artikel, in dem der Amtshauptmann schwer beschimpft wurde. Ihm wurde darin u. a. nachgelagt, er habe als Heeresausführender im Arbeiter- und Soldatenrat gewirkt, verdiene 2500 M. monatlich und außerdem wurde angegewiesen, daß er überhaupt Steuern zahle. Der Spitzenkandidat der Sozialdemokratischen Partei, der Amtshauptmann Schmidt, fühlte sich mit Recht durch diese Ausführungen beschimpft. In dem Revisionsantrag wurde ausgeführt, daß dem Angeklagten eine Beleidigung ferngelegen habe. In dem laienhaften Artikel, der während des erzbitterten Wahlkampfes erschienen sei, habe er keine bestimmte Person gemeint. Der Senat war jedoch der Auffassung, daß der Artikel sehr schwere Beleidigungen eines hohen Beamten enthalte und die darin angeführten ehrenrührigen Behauptungen nicht der Wahrheit entsprechen. Satire kommt nicht in Frage. Außerdem wurde in dem Artikel deutlich genug ausgedrückt, daß es sich um „unseren Amtshauptmann“, also um den Weiskner, handele.

Deutsch-französischer Grenzverkehr. Das Ratifikationsgesetz für das am 17. Mai zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossene Abkommen über den kleinen Grenzverkehr wurde am Mittwoch von der französischen Regierung in der Kammer eingebracht. Das Abkommen findet Anwendung auf eine Zone von 10 Kilometer beiderseits der deutsch-französischen Grenze und schafft für ausgetrockneten und privaten Grenzverkehr notwendige Erleichterungen für den wechselseitigen Verkehr der Grenzbevölkerung.

Kirchenvertrag in 2. Lesung angenommen.

Mit den Stimmen der Regierungsparteien und der Wirtschaftspartei.

In der Freitagssitzung des Preussischen Landtages gab vor Eintritt in die Tagesordnung Abg. Labandorf (Wp.) die Erklärung ab, daß an den Zeitungsmedien, wonach der Wirtschaftspartei das Handelsministerium angeboten worden sei, kein einziges wahres Wort sei.

Hierauf tritt das Haus in die zweite Lesung des Vertrages mit dem heiligen Stuhl ein.

Abg. König (Soz.)

Gegen den Inhalt dieses Staatsvertrages haben nur drei Parteien dieses Hauses Bedenken, die Kommunisten, die Nationalsozialisten und die Deutsche Volkspartei. Sie bemühen sich, nachzuweisen, daß durch diesen Vertrag Staatsrechte preisgegeben und kulturpolitische Freiheiten bedroht werden. Diese Kritik, ebenso wie die des Vorstandes des Lehrervereins, beruht auf durchaus irrigen Voraussetzungen. (Sehr wohl!) Zu dem Artikel 1 des Vertrages, der die freie Ausübung der katholischen Religion in Preußen garantiert, sind im Hauptausdruck übereinstimmende Erklärungen der vertragsschließenden Parteien abgegeben worden, daß Schulfragen dadurch auch nicht indirekt betroffen werden, sondern daß es sich lediglich um eine Wiedergabe des Artikels 135 der Reichsverfassung handelt. Man hat uns gefragt: Wozu diese Wiedergabe? Weil in der alten preussischen Verfassung vom 31. Januar 1850 die freie Religionsübung ebenfalls garantiert war, dieser Verfassungsparagraph aber während des Kulturkampfes aufgehoben wurde. Deshalb hat die katholische Kirche jetzt Wert darauf gelegt, die freie Religionsübung auch vertragsmäßig festzulegen, und wir haben dagegen jedoch keinerlei Bedenken. Entgegen allen Verdrehungen aber stellen wir fest:

In der Schulgesetzgebung behält der preussische Staat und das Deutsche Reich volle Freiheit, volle Staatshoheit.

Ein Reichsschulgesetz könnte enthalten welche Bestimmungen es will. Es würde niemals im Widerspruch mit diesem Staatsvertrag stehen. Ebenso berührt dieser Staatsvertrag in keiner Weise die Schulaufsicht und die Schulaufsicht; auch auf diesen Gebieten bleibt die staatliche Hoheit gänzlich unangefastet und unberührt. Es besteht zwischen diesem Konfordat und der Schule auch nicht der kleinste Berührungspunkt, auch nicht die versteckteste indirekte Beziehung. Niemand kann ein deutscher Lehrer in seiner Berufsbereitschaft durch diesen Vertrag irgendwie berührt werden. (Beifällige Zustimmung.)

Ebenso wenig wird durch den Artikel 5 des Vertrages die Trennung von Kirche und Schulaufsicht irgendwie beeinträchtigt oder erschwert. Die Bestimmungen des Vertrages bezüglich der baulichen Ueberlieferung von Kirchengebäuden an die Kirche bezieht sich wiederum nach übereinstimmenden Erklärungen der Vertragspartner nur auf solche Gebäude, auf die die Kirche seit der Säkularisation vertragliche Ansprüche hat, z. B. den Dom zu Limburg und den Dom zu Regensburg.

Besonders heftige Anarisse haben sich gegen die Bestimmung des Vertrages gerichtet, daß Professoren der theologischen Fakultät, die in ihrer Lehre mit der Kirche nicht übereinstimmen, aus der Fakultät — aber nicht etwa aus ihrem Lehramt — ausgeschieden müssen.

Nach unserer Uebersetzung wird das Recht der geistlichen Fortbildung und Freiheit dadurch nicht berührt. Der katholisch-theologische Universitätsprofessor hat eine Spezialaufgabe, nämlich die, künftige katholische Geistliche in die Lehre der Kirche einzuführen. Kann er diese Spezialaufgabe nicht mehr erfüllen, so muß er seinen Platz räumen.

Aber er erleidet weder einen Verlust an Gehalt noch an seinem Lehramt als Universitätsprofessor, noch wird er irgendwie in seiner Freiheit und in der Ausübung seiner Lehraufgabe behindert. Die geistliche Freiheit bleibt ebenso wie die Staatshoheit von diesem Vertrag völlig unangefastet.

Deshalb kann die Sozialdemokratie im Geiste der Toleranz diesem Staatsvertrag zustimmen. In diesem Geiste der Toleranz hat seinerzeit die sozialdemokratische Reichstagsfraktion unter Führung von August Bebel und Paul Singer dem Toleranzantrag des Zentrums zugestimmt und sich nicht von dem Einwand beirren lassen, daß damit eine Nachterweiterung der katholischen Kirche verbunden sei.

Wenn die Sozialdemokratie hat sich stets bemüht, die religiösen Kämpfe aus dem politischen Leben auszuschalten und dadurch die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse vor der Vergiftung mit religiösen Hejreien zu bewahren.

Diese Toleranz, die wir im Staat wollen, üben wir auch selbst in der Partei: in der Sozialdemokratie ist Raum für alle Weltanschauungen, für alle Ueberzeugungen, und von den Sozialdemokraten fordern wir nur eine Ueberzeugung; daß der Wirkkampf ist in unserem großen Kampfe für die Durchsetzung des sozialistischen Ideals. Zu diesen Idealen gehört auch die Staatshoheit über die Schule, die Lehrfreiheit, die Forschungsfreiheit, die geistige Freiheit im ganzen Umfange. Da sie alle durch diesen Staatsvertrag nicht beeinträchtigt werden, kann und wird die Sozialdemokratie ihm zustimmen. (Beifälliger Beifall bei den Soz.)

Abg. Koch-Degenhausen (Dnat.): Wir müssen bestreiten, daß der bisherige Rechtszustand für die evangelische Kirche günstiger war als für die katholische, und wir müssen deshalb darauf bestehen, daß Verträge mit der evangelischen und katholischen Kirche gleichzeitig abgeschlossen werden.

Abg. Linneborn (Z.): Nach den schweren Zeiten der Säkularisation und des Kulturkampfes ist die Freiheit der katholischen Kirche in Deutschland auf dem Boden der republikanischen Weimarer Verfassung neu gegründet worden.

Die katholische Kirche wird deshalb den 11. August jederzeit mit innigster Teilnahme feiern.

(Bravo! links, Lachen bei den Kommunisten.) Die Katholiken erblinden in der Weimarer Verfassung ein Werk des religiösen Friedens, eine Garantie der freien Ausübung ihres Glaubens. Heute schlägt nun eine historische Stunde von bleibender Bedeutung. Wir Katholiken finden heute weit über unseren Kreis hinaus die staatliche Anerkennung unserer kulturellen Vergangenheit und unserer sittlichen Kraft in der Gegenwart. Und der heutige preussische Staat findet von der katholischen Kirche die Anerkennung seiner demokratisch-republikanischen Grundlage. Darum ist uns der heutige Tag eine nachträgliche Rechtfertigung für Spahn und Gröber, eine verpöbelte Ehrung für den für die Republik ermordeten Erzberger. Diese Katholiken haben sich in ihrer Glaubensstreue müssen verdächtigen lassen, weil sie sich rückhaltlos in den Dienst an der Republik gestellt haben. Heute anerkennt der Apostolische Stuhl das neue Preußen in seiner gegenwärtig republikanisch-demokratischen Verfassung. In aufrichtigem Verständnis und in Anerkennung der Staatsnotwendigkeit begegnen sich Dr. Otto Braun und Papst Pius XI. Wie stehen jetzt gegenüber den deutschen Bischöfen die katholischen Kirchen, die uns unter Bündnis mit der Sozialdemokratie gemessen als eine Verletzung gegen den Glauben zum Vorwurf machen wollten! Wir sind stolz darauf, daß wir heute ein Werk des Geistes vollbringen, dem wir immer gedient haben, des Geistes der Republik und der Eintracht der Konfessionen. (Beifälliger Beifall im Zentrum.)

Abg. Korf (Komm.): Das Konfordat ist ein Stück der geistigen Kriegseinheitsfront gegen Sowjetrußland. Die Sozialdemokratie, die längst die wirtschaftlichen Arbeiterinteressen an den Kapitalismus verraten hat, verrät jetzt auch die geistige Freiheit.

Abg. Dr. Ausland (Komm.) verlangt zur Geschäftsordnung Herbeirufung des Finanzministers, der Auskunft geben soll über die der Kirche zu überlassenden Gebäude und Grundstücke. Finanzminister Dr. Höpfer-Wilhoff: Ich kann nur bestätigen, daß Abg. König den Willen der beiden Vertragsparteien in bezug auf Art. 5 des Vertrages vollkommen zutreffend wiedergegeben hat.

Abg. Dr. Kriege (D. Sp.): Der Ministerpräsident hat schließlich nicht bestritten können, daß der Abgeordnete Stendel seine Behauptungen richtig wiedergegeben hat. Eine Vertraulichkeit dieser Mitteilungen war weder vereinbart noch durch ihre Natur gegeben. Der Ministerpräsident kann um so weniger über Indiskretion sprechen, als er wiederholt vertrauliche Verhandlungen mit der Volkspartei ohne unser Beiraten im Pressebüro veröffentlicht hat. Unsere grundsätzlichen Bedenken gegen das Konfordat sind durch die Ausschüßberatungen nur verstärkt worden. Dieser Vertrag gibt Staatsrechte preis und verleiht die Parität und Neutralität im Weltkampf der Konfessionen.

Abg. Dr. Bohner (Dem.): Trotz aller Bedenken werden mir dem Vertrag zustimmen. Es mag sein, daß das einzig Logische die völlige Trennung von Staat und Kirche wäre. Aber sie ist in der Weimarer Reichsverfassung eben nicht erreicht. Sie erlaube mir auch gegenwärtig weder möglich noch wünschenswert. Ist es aber so, dann kann man sich nicht mit bloßer Logik über alles Tatsächliche hinwegsetzen. Artikel 78 der Reichsverfassung sieht Kirchenverträge ausdrücklich vor, und den ersten derartigen Vertrag hat die Evangelische Kirche mit Litauen geschlossen.

Die Volkspartei schließt den Brief auch nicht aus der Welt, in dem am 6. Januar 1922 ihr Kultusminister Dr. Boelzig sich bereit erklärt hat, mit dem Papst über die Sicherstellung der katholischen Erziehung in der Schule zu verhandeln.

(Beifällige Zustimmung links, große Unruhe bei der Volkspartei.) Ich schenke Ihnen Ihren ganzen Widerspruch gegen das Konfordat, wenn Sie mir die eine Preisfrage beantworten: Wo ist Boelzig? (Große Heiterkeit.) Dadurch, daß dieser Staatsvertrag die Schule unbedingt und ausdrücklich herausschneidet, wird die Schule sogar mehr wie bisher dagegen geschützt, Gegenstand des politischen Ruhmdeils zu werden.

Abg. Heffernann (Wp.): Wir bestehen darauf, daß die evangelische Kirche nicht schlechter behandelt wird als die katholische. Im übrigen aber ist in den evangelischen Kreisen die Furcht vor dem Konfordat gänzlich geschwunden.

Ministerpräsident Dr. Braun:

Ich will die Erklärung aus dem Ausschüß wiederholen, daß die Staatsregierung einmütig bereit ist, nach Abschluß des Konfordsats mit der evangelischen Kirche über einen gleichwertigen Vertrag zu verhandeln. Was die Erklärung des Herrn Kriege anbelangt, so stelle ich nochmals fest, daß Herr Stendel meine Uebersetzungen dem Sinne nach nicht genau und im Wortlaut falsch wiedergegeben hat. Selbstverständlich war die Bepreisung ihrer Natur nach vertraulich, Herr Stendel ist also von dem Brauch abgewichen, der unter anständigen Politikern üblich ist. Ueber Verhandlungen mit der Volkspartei ist im amtlichen Pressebüro niemals berichtet worden, ohne vorherige Verständigung mit der Volkspartei. Meiner Aufforderung, auch nur einen einzigen gegenseitigen Fall anzuführen, hat die Fraktion der Volkspartei bis heute nicht entsprochen. (Beifälliges Hören, Hören und Beifall links.)

Abg. Prelle (Deutsch-hannoverscher): Wir beglückwünschen die katholische Kirche zu dem Konfordat, aber wir begreifen nicht, warum die evangelische Kirche nicht gleichzeitig einen Vertrag bekommen soll. Abg. Og (Kattol.): Das Zentrum hat sich heute intimer mit der Sozialdemokratie verbündet als je zuvor. (Zuruf bei den Soz.: Rüde-Brief!) Das angebliche Bündnisangebot meines Parteifreundes v. Rüde an die jüdische Sozialdemokratie ist erfunden, ist eine jüdische Lüge.

Abg. Schwedt (Dnat.) gibt für die Katholiken in der deutsch-nationalen Fraktion die Erklärung ab, daß sie für den Artikel 1 des Konfordsats stimmen würden. Würde aber zu Artikel 2 die Forderung eines gleichzeitigen Vertrages mit der evangelischen Kirche angelehnt, müßten sie das ganze Gesetz ablehnen.

Abg. Dr. Laucher (Z.) hält den Deutschnationalen ein lautes Sündenregister vor. Auf Zurufe des Abg. Koch, er solle an die christliche Gemeinsamkeit denken, erwidert er: Zentrum und Sozialdemokratie ständen weltanschaulich auf ganz verschiedenem Boden. Aber wenn die Deutschnationalen zur Zeit ihrer Herrschaft in Preußen nur einen kleinen Teil der Einsicht für Andersdenkende und der Toleranz aufgebracht hätten, über die die Sozialdemokratie verfüge, dann brauchte zwischen Zentrum und Deutschnationalen keine so bittere Feindschaft zu bestehen. Die Gedankengänge der Volkspartei ruhten nicht auf dem Boden der Weimarer Verfassung, sondern stammten aus dem Kulturkampf. Herr v. Campe habe gesagt, das Zentrum sähe Gespenster. Als er aufgeblickt, habe er Herrn von Campe vor sich gesehen! (Heiterkeit.) Aber Herr Campe sei nicht etwa ein Gespenst, sondern Fleisch vom Fleisch und Blut vom Blute des Kulturkampfes. (Heiterkeit und Beifall im Zentrum.)

Abg. Schulz-Neudöln (Komm.) behauptet, das Konfordat sei ein Verfassungsbruch. Es sprachen noch die Abg. Dr. Campe (D. Sp.) und Dr. v. Winterfeldt (Dnat.), die ausführlich gegen den Zentrumsabgeordneten Dr. Laucher polemisierten.

Abg. Dr. Boelzig (D. Sp.) gab zu seinem Brief vom 6. Januar 1922 die Erklärung ab, daß er durch Amtverschwiegenheit gehindert sei, über die Motive dieses Schreibens näheres mitzuteilen. Er habe aber nie ein Konfordat gewollt ohne gleichzeitigen Vertrag mit der evangelischen Kirche.

Ein Antrag auf Schluß der Aussprache wird angenommen. In einfacher Abstimmung wird hierauf in zehnter Stunde Artikel 1 des Gesetzesentwurfes gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten angenommen. Nach Ablehnung sämtlicher Änderungsanträge wird dann auch Artikel 2 mit den Stimmen der Regierungsparteien und der Wirtschaftspartei genehmigt.

Damit ist die zweite Beratung der Vorlage erledigt, die dritte Beratung findet am Dienstag statt. Das Haus vertagt sich auf Sonnabend 11 Uhr: Jugendwohlfahrtsgeleg., Gewinnung von Steintohle und Erdöl, Polizeikosten-gesetz.

Der Boelzig-Brief.

Eine authentische Feststellung.

Bei den Landtagsberatungen über den Staatsvertrag mit dem heiligen Stuhl war von sozialdemokratischer Seite behauptet worden, auch der frühere volksparteiliche preussische Kultusminister Dr. Boelzig habe sich an den Konfordsatsprechungen beteiligt und in einem Briefe an den päpstlichen Nuntius Pacelli sogar seine Bereitwilligkeit erklärt, über die Behandlung der Schulfrage im Konfordat zu verhandeln. In diesem Zusammenhang hatte der Abg. Stendel (D. Sp.) gegen den Abg. Heilmann (Soz.) den Vorwurf der Fälschung erhoben und erklärt, ein ähnlicher Brief sei von Dr. Boelzig nur an den Reichsinnenminister, niemals an Pacelli, gerichtet worden.

Wie hierzu von gut unterrichteter Stelle mitgeteilt wird, befindet sich bei den Akten des Preussischen Kultusministeriums ein „Berlin W 8, den 6. Januar 1922“ datierter Brief, der an den päpstlichen Nuntius Pacelli gerichtet ist, und in dem die hier entscheidende Stelle lautet: „... Gleichzeitig ermächtigt mich das Preussische Staatsministerium zu der Erklärung, daß die Preussische Staatsregierung auf Ersuchen des Reichs mit diesem in Verhandlungen über die Regelung der religiösen Seiten der Schulfrage im Konfordat eintreten wird...“ geg. Boelzig.“

Breitscheid klärt die Franzosen auf. Ein Interview mit dem „Temps“.

Paris, 5. Juli. (Eigenbericht.)

Der anfänglich der Einweihung des neuen Hauses der französischen Sozialistischen Partei in Paris weilende Reichstagsabgeordnete Genosse Breitscheid hat dem „Temps“ gegenüber längere Erklärungen über die Annäherungspolitik gegeben. Breitscheid gab zunächst beruhigende Versicherungen über die angebliche Gefahr der Rückkehr Wilhelms II. nach der Nichtverlängerung des Republikerschutzes. Die deutsche Regierung sei keineswegs ohne Waffen gegen die Unruhestifter der Rechten und die Massen Deutschlands würden heute genau so gut wie in den Tagen des Kapp-Zufluges eine Wiederkehr der Hohenzollern zu verhindern wissen. Sicher seien auch Meinungsverschiedenheiten im Schoße des Kabinetts vorhanden, aber im Augenblick nehme die auswärtige Politik alle Aufmerksamkeit in Anspruch. Man wünsche in Deutschland endlich, 11 Jahre nach dem Waffenstillstand, zur völligen Liquidation des Krieges zu kommen. Der Young-Plan sehe schwere Lasten für Deutschland vor, und es hieße unehrlich sein, wenn man nicht erkläre, daß das Reich ohne die volle Wiederherstellung seiner Souveränität und die Befreiung seines Bodens von fremden Truppen diese Lasten nicht ertragen könne. Frankreich werde diesen Wunsch gewiß verstehen, da es ja selbst nach dem Kriege 1870 dem damaligen Ministerpräsidenten Thiers zum Dank für seine Bemühungen mit Recht den Titel „Befreier des Landes“ verliehen habe. Es sei sicher, daß sich keine Mehrheit im Reichstag für die Annahme der neuen Verpflichtungen Deutschlands finden würde, wenn der Young-Plan nicht in klarer Weise zugleich die Befreiung des Rheinlandes bedeuten würde. Frankreich und Deutschland besäßen ferner ein Interesse daran, daß die Saarfrage sofort durch ein Abkommen geregelt werde, zumal über das Ergebnis der Volksabstimmung kein Zweifel bestehen könne.

Breitscheid erklärte schließlich, dadurch, daß Deutschland freiwillig seine neuen Westgrenzen anerkannt habe und somit das elassische Problem endgültig beseitigt sei, stelle sich der Einigung zwischen beiden Ländern kein ernsthaftes Hindernis mehr entgegen. Alle Regierungsparteien wünschten ein Einvernehmen mit Polen. Was den Anschluß betreffe, so gäbe es keine verantwortliche Persönlichkeit in Deutschland, die ihn nicht auf dem gegebenen gesetzlichen Wege vollziehen wolle. Eines Tages würden gewiß alle europäischen Völker verstehen, daß ihre Einheit im Rahmen des Völkerbundes allein nur Wohlstand und Frieden zu sichern vermöge. Deutschland und Frankreich müßten hierzu das Beispiel geben.

Der „Temps“ kommentiert in seinem heutigen Leitartikel die Erklärungen Breitscheids, polemisiert dabei wieder einmal gegen den Anspruch Deutschlands auf sofortige Rheinlandräumung in Verbindung mit der Annahme des Young-Planes, spricht von einer „Lösung der Situation“, spricht und erklärt weiter zu den Ausführungen Breitscheids, die Saarfrage sei überhaupt nicht gestellt und könne nicht gestellt werden. Wenn Frankreich nach 1870 die Befreiung seines Territoriums erreicht habe, so habe es auch vorher gewissenhaft den Vertrag ausgeführt. Wenn der Young-Plan schwere Lasten für Deutschland vorsehe, so trage auch Frankreich schwere Lasten. Und wenn man heute von der Liquidation des Krieges sprechen könne, so sei dies nicht auf den guten Willen Deutschlands zurückzuführen, an dem es oft gefehlt habe, sondern allein (!) auf den verächtlichen Geist Frankreichs.

Dem Redaktionsstab des „Temps“ gehören zugleich mutig Verständigungspolitiker und beschränkte Nationalisten an. Der ständige außenpolitische Leitartikel ist ein rabiatere belaischer Nationalist, Roland de Marés, der täglich Mißtrauen gegen Deutschland nährt und die Verständigungspolitik Briands systematisch durchkreuzt.

Erzberger-Mörder in Jugoslawien.

Verhaftet und wieder befreit.

Vor einigen Wochen soll nach einer Korrespondenzmeldung in Jugoslawien einer der beiden Erzberger-Mörder verhaftet, beim Abtransport aber von seinen Freunden wieder befreit worden sein. Werkswürdigerweise ist dieser Vorfall in der Öffentlichkeit bisher nicht bekannt geworden, vor allem in Jugoslawien selbst, und auch an den deutschen amtlichen Stellen hatte man von dieser Tatsache bisher nicht die geringste Nachricht. Im übrigen wird von den informierten Kreisen verschwiegen, ob es sich um Schulz oder um Tilkens handelte.

Auf jeden Fall erfolgte die Festnahme des Verdächtigen durch jugoslawische Gendarmen auf einem Gut auf ehemals ungarischem, jetzt zu Jugoslawien gehörendem Gebiet. Der Verhaftete sollte dann nach einiger Zeit nach dem Gefängnis der nächsten größeren Stadt durch einen Gendarmen abtransportiert werden. Während dieses Transportes gestellten sich, ohne daß der Beamte es ahnte, drei Freunde des Festgenommenen, ebenfalls Deutsche, gelegentlich einer kurzen Rast in einem Dorfwirtschaftshaus hinzu, und es gelang ihnen, bei einem Beschlage, an dem sich der Gendarm ausgiebig beteiligte, den Begleiter des Arrestanten so unter Alkohol zu setzen, daß dieser in einem unbewachten Augenblick entweichen konnte. Sowohl von dem Erzberger-Mörder wie von seinen drei Freunden fehlt seitdem jede Spur, und man nimmt an, daß alle vier unbemerkt über die nicht allzu ferne ungarische Grenze entkommen sind. Bisherlich war das Verhalten des Beamten der Ansicht, daß die jugoslawischen Behörden diesen ganzen Vorfall nicht der Öffentlichkeit mitgeteilt haben.

Die Reichsreform.

Zusammentritt der Unterausschüsse der Länderkonferenz.

Die Unterausschüsse des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz sind Freitag vormittag unter Vorsitz des Reichsministers des Innern zusammengetreten. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen die Fragekreise „Organisation der Länder und Einfluß der Länder auf das Reich“ sowie „Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Reich und Ländern“.

Die bayerische Opposition.

Dem Unterausschuß der Länderkonferenz hat der bayerische Ministerpräsident Dr. Held ein Ergänzungserferat unterbreitet, in dem er zur Frage des Ausgabentzweiges der aus den preussischen Provinzen neu zu schaffenden Länder Stellung nimmt. Dr. Held versucht darin den Nachweis, daß nach der Reichsverfassung eine Zuständigkeit des Reiches zur allgemeinen Organisation der Länder überhaupt nicht bestehe und daß auch die Länderkonferenz ihren Entscheidungsbefehl auftrag zur Prüfung der Frage des

Der Republikerschutzes.



„Was, das schöne Geld für die Verfassungsfeier und wir kriegen nichts? Das wär unter Reudell nicht möglich gewesen!“

Poincaré vor dem Sturz?

Rur ein klares Bekenntnis zur Verständigungspolitik kann ihn retten.

Paris, 5. Juli. (Eigenbericht.)

Die französischen Linksparteien, denen von der Rechten am Freitag Demagogie vorgeworfen wurde, beweisen in Wahrheit nur, daß sie günstige politische Situationen zu nutzen verstehen. Die Rechtsparteien erwarteten von ihnen, daß sie sich für die bedingungslose Ratifikation einlegten, damit Poincaré gerettet werden und man die Kartellisten später um so besser als Volksverräter brandmarken könne. Die Linke antwortete darauf, daß sie die Genehmigung der Ratifikation von der Befolgung einer klar bestimmten Verständigungspolitik durch die Regierung abhängig macht, durch die Europa allein gerettet werden kann und die die beste politische Reaktion Frankreichs gegen die amerikanischen Forderungen beweisen würde. Poincaré, der in der Frage der dem Schuttenabkommen einfügenden Vorbehalte die Linke und einen nicht geringen Teil der eigenen Anhänger gegen sich hat, sieht sich heute also zur Entscheidung für eine klare und konsequente Politik gezwungen. Die gegenwärtige Berwirrung ist allein auf ihn zurückzuführen.

Der Ministerpräsident berief am Freitag morgen einen dringenden Kabinettsrat zusammen, um über die durch das gestrige Votum der Finanzkommission geschaffene Lage zu beraten. Innenminister Lardieu soll später auf das Drängen der Journalisten geantwortet haben: „Schon wieder eine Entscheidung? Warum wollen Sie immer eine Entscheidung?“ Das kann ein Biß Lardieus oder erfunden sein, in jedem Fall bezeichnet es trotz die bisherige Haltung der Regierung. Bereits der Nachmittag wird jedoch den Ministerpräsidenten davon überzeugt haben, daß nunmehr kein Ausweichen mehr möglich ist. Während die gesamte Pariser Presse auf die Möglichkeit erster „Entscheidungen“, d. h. einer Demission des Kabinetts hinweist, verbreitet das Kabinett selbst in den Wandelgängen der Kammer Gerüchte, denen zufolge Briand und Loucheur die Absicht haben sollen, ihre Portefeuilles zur Verfügung zu stellen, um eine Klärung der Lage herbeizuführen.

Die Opposition läßt ihrerseits kein Mittel unversucht, um diese Klärung zu erzwingen. Hierzu schien bereits die von der Kammer am späten Nachmittag vorzunehmende Festsetzung der Daten für die Diskussion zweier Interpellationen Gelegenheit zu geben. Ein Kriegsbeschädigter bestand in einer Anfrage an den Innenminister gegenüber einem Dementi der Regierung darauf, daß der Polizeipräsident bei den Franktämpfermanifestationen am 23. Juni eine Ohrfeige erhalten habe. Der Abgeordnete zog von der radikalen Linken forderte die sofortige Diskussion einer von ihm eingebrachten Anfrage über die letzten mit Amerika geführten Verhandlungen zur Verlängerung des Verfall-

termins der Handelschulden. Es ist bezeichnend für die Erregung, von der die Kammer ergriffen wurde, daß man damit rechnete, die Regierung könne möglicherweise wegen der Ohrfeige des Polizeipräsidenten fallen.

Am Laufe des Nachmittags erließ die Regierung in der auswärtigen Kammerkommision

eine neue Niederlage.

Die Kommission schloß sich mit 13 gegen 12 Stimmen bei 5 Enthaltungen der am Donnerstag zum Ausdruck gebrachten Auffassung der Finanzkommission an, daß die Vorbehalte im Ermächtigungsgesetz selbst enthalten sein könnten. Es ist kaum vorauszusehen, wie die Regierung aus der Sackgasse, in die sie geraten ist, noch hinausgelangen vermag, da nun beide zuständigen Kommissionen der Kammer sich für ein Verfahren erklären, das sie selbst mit Rücksicht auf die Vereinigten Staaten unmöglich einschlagen kann. Aber im Grunde ist es gleichgültig, ob Poincaré die Spitze dieser Tage noch umgibt oder nicht. Er muß, wie Léon Blum schon vor Tagen erklärte und wie auch das größte Pariser Mittagsblatt heute feststellt, fallen. Es sei denn, er besitze die Einsicht und den Mut, Frankreich und sich selbst noch in letzter Stunde an die Spitze der heute von den Massen Europas getragenen Verständigungsbewegung zu stellen.

Sozialistischer Friedensantrag.

Im Finanzausschuß erregte ein vom sozialdemokratischen Abgeordneten Vincent Aurioi eingebrachter Antrag großes Aufsehen, da er die Regierung nicht nur auf die Räumung des Rheinlandes, sondern auch auf eine Abrüstungspolitik festlegen will. Er hat folgenden Wortlaut:

„Da die internationalen Abkommen über die Schulden und über die Ansprüche Frankreichs an seine Schuldner nur angewandt werden können, falls eine Politik der Verständigung und des internationalen Friedens befolgt wird, beschließt der Finanzausschuß, vor der Prüfung der Schuldenabkommen von der Regierung und der Kammer zu verlangen, daß diese beiden ihren Willen klar zum Ausdruck bringen, eine derartige Politik zu befolgen. Diese Politik muß aufgebaut sein auf der Beendigung aller militärischen Befehungen, auf der sofortigen Ratifizierung des Young-Planes durch alle interessierten Mächte, auf der Anerkennung der Schiedsgerichtsverträge, der progressiven Herabsetzung der militärischen Ausgaben in allen Ländern und auf der wirtschaftlichen Neugestaltung Europas.“

Der Antrag Vincent Auriois wurde auf die nächste Sitzung der Finanzkommission vertagt.

Länderrechts gegeben habe. Zur Sache selbst erklärte Dr. Held, daß durch die vorgeschlagenen Änderungen der Länderorganisation in Preußen alles beim alten bliebe, während in Mittel- und Süddeutschland die alten Länder durch die Angliederung an die „Länder neuer Art“ vollständig entrüstet würden. Außerdem ist er der Meinung, daß durch die Vorschläge der Aenderung nichts anderes geschaffen würde als ein zentralisierter preussischer Staat, der auch noch die süddeutschen Länder in sich aufnehmen soll. Das Reich soll schließlich mit dem Hinweis, daß mit mindestens dem gleichen Recht, mit dem eine Einverleibung der nord- und süddeutschen Länder in Preußen verlangt werde, auch der Weg des Anschlusses preussischer Gebiete an außerpreussische Länder beschritten werden könnte, wofür er Hesse als Beispiel anführt.

Kampf gegen Streikbrecher.

Schwere Strohschlächt in New Orleans.

New York, 5. Juli.

In New Orleans versuchten während des Straßenbahnerstreiks Arbeitswillige unter dem Schutz der Polizei vom Hauptdepot mit drei Straßenbahnzügen abzufahren. Hunderte erregter Streikender drangen darauf auf die Arbeitswilligen ein.

Die Polizisten gaben anfangs Warnungsschüsse in die Luft ab, feuerten jedoch, als die Streikenden mit Pfaffensteinen und Knüppeln auf sie losgingen, scharfe Salven in die Menge.

Die Streikenden wurden zurückgetrieben und verloren zwei Tote und Hunderte von Verletzten. Die über tausend Menschen zählende Menge begab sich darauf einige Straßen weiter, wo sie drei Straßenbahnzüge anhielt, die Arbeitswilligen und die sie schützenden Polizisten aus den Wagen herausholte und sie entwaffnete.

Zunächst waren die Streikenden der Polizei überlegen, bis Verstärkung für diese eintraf. Die Polizei feuerte abermals verlorene scharfe Salven in die Menge und trieb sie dann mit dem Gummiknüppel auseinander. Mehrere hundert Personen wurden verhaftet.

Der frühere Finanzminister Senator Klob, der inzwischen durch seine Wechselstellungen und ungedeckten Schecks noch berühmt geworden war, als durch seine Unterschrift unter den Pariser Vertrag, wird nach vor Ende dieses Monats endlich vor der Pariser Strafkammer erscheinen. Trotz der eifrigen Tätigkeit seiner Freunde läßt sich eine weitere Hinauszögerung des Verfahrens nun nicht mehr erreichen. Klob wird von dem Pariser Rechtsanwalt Torres verteidigt, der sich vor einiger Zeit gegen den Willen der Sozialistischen Partei in einem Pariser Vorort als sozialistischer Kandidat aufstellen ließ und durchfiel.

Bürgermeisterwahl in Dessau. In einer nichtöffentlichen Gemeindevollversammlung in Dessau wurde kürzlich der bisherige Bürgermeister Hesse mit 18 Stimmen der Demokraten und Sozialdemokraten wiedergewählt. Die Rechte stimmte gegen die Wiederwahl. Ein Stadtverordneter enthielt sich der Stimme. Hesse erklärte sich bereit, die Wahl anzunehmen.

PEEK & CLOPPENBURG

BERLIN GERTRAUDTENSTRASSE 25-27

Das große Haus für Kleidung

wo man moderne, vorzüglich passende Kleidung sehr preiswert kauft

Herren - Anzüge

- 89965 mittelgrauer Cheviot II-reihig Mk. 48.00
- 89985 hellgrauer buntgemusterter Cheviot I-reihig Mk. 58.00
- 89907 moddefarbiger gestreifter Cheviot . . II-reihig Mk. 68.00
- 90056 mittelbrauner gestreifter Cheviot . . II-reihig Mk. 78.00
- 89913 mittelgrauer großkariertes Cheviot . I-reihig Mk. 78.00
- 89987 heller fischgrätgemusterter Cheviot . II-reihig Mk. 84.00
- 89888 moddefarb. großkariertes, glatter, kammgarnartig gemusterter Stoff II-reihig Mk. 98.00

Sport - Anzüge

- | | | |
|------------------------------------|---------------------------|--------------------------|
| | 3-teilig | 4-teilig |
| | m. kurzer od. langer Hose | m. kurzer u. langer Hose |
| Grauer Sportcheviot | Mk. 48.00 | Mk. 60.00 |
| Zwirncheviot blaugrau gemustert. . | Mk. 60.00 | Mk. 74.00 |

Blazer

- Hellblauer weicher Stoff . . . Mk. 29.00 und Mk. 36.00

Anzüge für junge Herren (Brustweite 82 cm)

- 19155 Blau mit braun gemust. Cheviot hältb. Qualität Mk. 28.00
- 19159 Blau mit lila gestreifter Kammgarn-Cheviot Mk. 50.00

Knaben - Anzüge

- 4357 Knaben - Sportanzüge mit Kniehose aus haltbarem, bräunlich gemust. Cheviot Größe 3 für 5 Jahre 12.00
- 4382 Knaben - Sportanzüge mit Knickerbocker aus graubraun., gemustert. Cheviot Größe 9 für 11 Jahre 20.00

Mäntel

- 81586 Bräunlich gemustert. Cheviot II-reihig m. Rundgurt Mk. 58.00
- 81568 Moddefarb. reinwoll. Gabardine in Schlüpferform Mk. 74.00
- 81617 Hellmoddefarbiger feiner Körperstoff in Trench-coatform mit kunstseidenem Futter und Gummi-Einlage Mk. 68.00

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeigen.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schraubendreher **Karl Eisenblätter** geb. 4. Juni 1870, am Mittwoch, dem 3. Juli, gestorben ist.
Die Einäscherung findet am Montag, dem 8. Juli, 17 1/2 Uhr, im Krematorium Gedächtnisstraße statt.
Nege Beteiligung wird erwartet.
Am 25. Juli verstarb infolge Herzschlag unser Kollege, der Schlosser **Otto Mienert** geb. 9. August 1894.
Die Einäscherung hat bereits stattgefunden.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

1870 bis 1928
Impregniert, Kompl.
2500 verkauft
Größe Wohnzeltfabr.
Sport Beruf
Deutsche Lederwarenfabr.
Zentrale Alt-Moabit 130
Kottbuser Damm 75 Greitswalder Str. 2
Androssstraße 40 Schöb., Herbartstr. 4
Invalidenstraße 7 Charl., Bismarckstr. 78
Chausseestr. 90-92 Spand., Bahnhofstr. 4
Neueröffnet unser
Volkskaufhaus Rosenthaler Str. 38
Eigene Konditorei gratis f. unsere Kunden

Theater, Lichtspiele usw.

Sonnabend, 6. 7. Staats-Oper Unter d. Linden A.-V. 170 20 Uhr André Chenier	Sonnabend, 6. 7. Städt. Oper Bismarckstr. Geichlossen
Staats-Oper Am Pl.-Republ. A.-V. 28 20 Uhr Neues vom Tage	Staatl. Schauspiel am Gendarmenmarkt Geschlossen!

Staatl. Schiller-Theater, Charlth. Geschlossen.

SCALA 8 Uhr Barb. 9256
van Horn & Jnez, Barbetie usw.
Sonnabend u. Sonntag je 2 Vorstellungen
310 u. 8 Uhr. - 310 ermäßigte Preise

PLAZA Tägl. 5 u. 8 15
Sonn. 2, 3 u. 8 15
Alex. 8066
INTERNAT. VARIÉTÉ

Reichshallen-Theater
Abends 8 Uhr
Sittlicher Sänger
mit dem schönen Juli-Programm (nur noch bis 15. 7.)
Ab 16. 7. Gastspiel der Dresdner Victoria-Sänger
Dönhoff-Bröttl:
(Saal und Garten)
Variété: Tanz: Orch. Ad. Becker

Rennen zu Strausberg
Sonnabend, d. 6. Juli, nachmittags 3 Uhr.

Barnowsky-Cohen
Theater in der Königsplatz Straße Bergmann 2119
Täglich 8 1/4 Uhr
Rivalen
Komödienhaus Norden 6304
Täglich 8 1/2 Uhr
Hochzeitsreise
Sommerpreise!

Theat. am Kottb. Tor
Kottb. Str. 6
Tägl. 8 Uhr
Elite-Sänger
Neues Programm!
Ab 17.-11. 7.
Gastspiel der 9 Original
Leipziger
Fritz-Werber-Sänger

Winter Garten
8 Uhr - Zentr. 2610 - Rauchen erlaubt
Große Variété-Schau
Sonnabend und Sonntag je 2 Vorstellungen
3^o und 8 Uhr. 3^o kleine Preise.

LUNA PARK
Sonnabend, 6. Juli,
VOLLER BETRIEB
Brillant - Feuerwerk.
Sonntag, 7. Juli,
Das Riesenprogramm
3 Sensationen auf dem Frei-Variété.
100 Attraktionen.
Brillant-Feuerwerk.
LUNA-KABARETT.
Tanz im Freien.
Eintritt: 80 Pf.

Sommer-Garten-Theater Berliner Prater
N 58, Kast.-Allee 7-9. Tel. Hb. 2246
Gastspiel Gustaf Beer, Gretel Lilien
Zarewitsch
Operette von Franz Lehár
Dazu der große Variététeil.
Anfang Konzert 4.30, Burleske u. Variété 6 Uhr. Operette 8.30.
Jeden Donnerstag großer Volksstap.
Jed. Mittw. Kinderfest u. Verlosung

Rose-Theater, Große Frankfurter Str. 132.
Gartenbühne
5.30 Uhr: Konzert u. 9 Variéténummern
8.15 Uhr: **Die geschiedene Frau**
vom 8. bis 11. Juli
Großes Rosenfest
Innentheater:
Täglich 8.15 Uhr:
„OLAF“

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
8 1/4 Uhr
Berlin, wie es weint u. lacht
Friederike
Ise Muth, Hanns Wilhelm
Telephon-Stainplatz
0931 u. 8121

Theater am Schiffbauerdamm.
Norden 1141 u. 281
8 1/4 Uhr
Gruppe junger Schauspieler
Revolte im Erziehungshaus
(Wohnführungsbesetzung)

Deutsches Theater
D.-L. Norden 12 310
8 U., Ende gegen 11
Zum 25. Male:
Die Fledermaus
Musik v. Joh. Strauß.
Regie: Max Reinhardt.
Musik. Einrichtung und Leitung: E. W. Korngold.
Ausstattg. L. Kalner

Die Komödie
11 Bismck. 2414/2516
8 1/2, Ende geg. 10 1/2 U.
Reporter
Regie: Heinz Hilpert.

Planetarium am Zoo
Tägl. Juchimkale Str. 8
B. 5 Barbarossa 5578.
16 1/4 Uhr Sternbilder des Sommers
18 1/4 Uhr Der Glutball der Sonne
20 1/4 U. Von Pol zu Pol am Sternhimmel
Tägl. außer Montags u. Mittw. Erwachs. 1 Mk., Kinder 50 Pf.
Mittw. Erwachsene 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Krause-Pianos zur Miete
W50, Ansbacherstr. 1

Reederei Kieck
Falckensteinstr. 49 Tel. Moritzpl. 8197
Extra billige Ferienfahrten
Täglich 9 1/2 Uhr früh
nur ab Charlottenburg, Tegeler Weg
(nahe Landgericht III, zwischen Stadtbahnhof Jungfernheide und der Schloßbrücke)
mit dem beliebten Riesenluxusdampfer „Columbus“ und anderen schönen Dampfern nach
Templin und Ferch am Schwielowsee
und jeden Mittwoch und Donnerstag 8 1/2 Uhr früh nach **Brandenburg a. d. H.**
Fahrpreise: Templin hin und zurück M. 1,50, Sonntags M. 2,50, Ferch hin und zurück M. 2,50, Sonntags M. 3,00.
Jeden Freitag und Sonnabend nach Ferch nur M. 1,50 hin und zurück. **Brandenburg hin und zurück M. 3,00.**
Kinder die Hälfte. - Fahrkartenerwerb an der Dampferstation, im Vorverkauf im Bureau der Reederei u. für den Westen bei Gastwirt Huber, Charlottenburg, Tegeler Weg 97.
Fahrverbindungen: Stadtbahnhof Jungfernheide, U-Bahnhof Wilhelmplatz, Straßenbahnen: 12, 55 und 64 bis Tegeler Weg, 6 bis Schloßbrücke, 44, 45, 52, 54, 55, 78 u. 114 bis Luisenplatz-Schloßbrücke.

Der Kampf um Sievert.

Was er von den Dokumentenfälschern erzählt.

Endlich die Sensation — Sievert! Der Blumstrittene! Sievert — Triumphator gegen Orlov, einst Freund, jetzt grimmiger Feind, der zur Strecke gebracht ist.

Sieverts Gegner behaupten, auch er habe bewußt falsche Nachrichten in die Welt gesetzt und Unschuldige der Polizei demütiert, wenn sie ihm gefährlich wurden. Sie werfen der politischen Polizei wie dem Reichskommissariat für öffentliche Ordnung vor, daß sie sich seiner bedient haben. Man wird in der Beurteilung des Zeugen Vorsicht walten lassen; erst nach Abschluß seiner Vernehmung wird zu sagen sein, was es bei diesem früheren russischen Oberst mit dem deutschen Namen auf sich hat, ob ihm zu glauben ist oder nicht. Der Eindruck, den er heute gemacht hat, war eher für ihn als gegen ihn. Auf die leichte Köhler zu nehmen ist er bestimmt nicht. Seinen Feinden bietet er nützlich die Stirn; für jede seiner Behauptungen besitzt er schriftliche Belege. Er ist gut gerüstet, er weiß, was seiner im Gerichtsfool harret. Seit einer Woche haben Angeklagte, Zeugen und Verteidiger alles aufgegeben, die öffentliche Meinung gegen ihn einzunehmen. Als er sich gegen gewisse „Berleumdungen“ in der Presse wehren will, wird ihm das Wort abgeschnitten; als er gegen die Beleidigungen eines der Anwälte, die gegen ihn im Korridor gefallen waren, um Schutz bittet, weist man ihn auf den Gerichtsweg und als schließlich die Verteidiger ihn durch prozozierende Fragen in Erregung bringen und er stürmisch auszusprechen beginnt, ist die Uhr 15, und die Verhandlung wird abgebrochen. Der Zeuge hatte erst den kleinsten Teil von dem erzählt, was er zu sagen hat.

Seine Versuche, im Zusammenhang zu sprechen, wurden immer wieder durch die Eingriffe der Verteidigung gestört.

Man erlebte wieder einmal eine seltsame Verhandlung. War die Fragestellung am ersten Tage gewissermaßen an die Dolmetscher übergegangen, so geht an die Verteidiger. Die Strafprozeßordnung bestimmt, daß der Zeuge seine Aussage im Zusammenhange mache und die Fragen der Parteien erst nachher einsehen. Der Verteidiger Dr. Joffé, der erst in der Morgenzeitung die Anregung gegeben hatte, den Zeugen Sievert im Kreuzverhör zu vernehmen, scheint von dieser Art des Prozedierens ganz besondere Vorstellungen zu haben. Er, der am Tage vorher sich mit Recht wegen des prozozierenden Verhaltens der Staatsanwaltschaft beklagt hatte, sollte eigentlich wissen, daß man den Zeugen nicht unterbrechen darf. Und sollte er das vergessen haben, so wäre es diesmal Pflicht des Vorsitzenden gewesen, ihn an die Prozeßordnung zu erinnern. Dem Zuhörer wurde es aber schließlich von dem Durcheinander in der Vernehmung des Zeugen wie im Kopfe. Eine straffere Verhandlungsführung schien bei diesem schwierigen Prozeßstoff ganz besonders am Platze.

Harald Sievert, 41 Jahre alt, ein gutgepflegter Herr mit kleinem Schnurrbart und intelligenten Gesichtszügen, spricht ein korrektes Deutsch im baltischen Dialekt. Er breitet auf den Zeugenstich sein Aktenmaterial aus und beginnt mit einer Stimme, die leichte Erregung verrät, die Darstellung seiner Bekanntschaft mit Pawlowowski. Der Angeklagte war bei ihm seit 1924 angestellt; anfangs gegen Gehalt; als er weniger gründlich wurde, gegen Bezahlung von Fall zu Fall.

„Ich habe ihm das Leben gerettet!“

Der Vorsitzende will wissen, ob der Zeuge Beweise dafür habe, daß die Trüßler-Briefe tatsächlich gefälscht seien. „Die Briefe“, sagt der Zeuge, Pawlowowski hat mir selbst gefassten, daß Orlov die Briefe gefälscht hat. Vorsitzender: Sie sollen ihn aber dabei mit dem Renaisser bedroht haben. „Nein“, sagt der Zeuge. „Da aber Pawlowowski plötzlich ein wahres Gesicht, das eines Tschekisten, gezeigt hatte, der zu allem fähig ist, habe ich den Revolver auf den Tisch gelegt. Es trankte mich, daß ich so viel Geld hergegeben hätte. Ich mußte wissen, ob die Briefe echt

oder gefälscht sind. Ich versprach, gegen ihn nicht vorzugehen, nur gegen Orlov.“ Der Zeuge gerät in Erregung: „Er war mir verpflichtet. Ich habe ihm sein Leben gerettet, sonst wäre ihm das gleiche passiert wie den zwei anderen Agenten der GPU, die ihr den Rücken gefehrt haben, einen Jaroslawski, der in einem Restaurant vergiftet und Druschelowski, der in Rußland erschossen wurde. Pawlowowski war von einer geradezu physischen Angst gepackt und in Schweiß gebadet, sobald er nur eines Sowjetangestellten ansichtig wurde, den er von früher her zu kennen glaubte; er logte immer, man würde ihn in die Bolschafft schleppen und dort erschießen.“

Korvettenkapitän Pawlow Sowjesspiegel.

Der Zeuge kommt erneut auf Kroschtsa zu sprechen. Jetzt weiß er, wer es ist. „Hier habe ich die Belege“, sagt er. „Der Korvettenkapitän Pawlow, der vor Gericht gegen mich ausgesagt hat, war mein Gehilfe.“ R. A. Joffé unterbricht den Zeugen: „Das machen Sie ja immer so. Sobald jemand gegen Sie vorgeht, so demütigen Sie ihn. Sievert: Hier ein Originalschreiben Pawlowowskis, in dem schwarz auf weiß zu lesen steht, daß der Korvettenkapitän Pawlow einer der wichtigsten Mitarbeiter der GPU in bezug auf Informationen über monarchistische Organisationen ist. Pawlowowski erklärt, daß er Pawlow nie gesehen und einen ganz anderen Pawlow gemeint habe. Der Zeuge: Das selbe weiß ich aber über Pawlow von Druschelowski und Orlov. Hier ist ein Brief von Orlov. Der Zeuge wird erneut von R. A. Joffé bedrängt; er steht da mit dem Brief in der Hand und fährt in größter Erregung fort: „Pawlow war der Begründer der Bruderschaft des Weißen Kreuzes, einer Desinformationsabteilung der Tscheka. Dieser Bruderschaft gehörte auch Kroschtsa an; sie hat meinem Bureau ein Ende gemacht.“

Sievert und das Reichskommissariat.

Der Vorsitzende versucht, den Zeugen zum Beweissthema zurückzuführen. Er soll über den Auftrag erzählen, den er in Verbindung mit dem beim Spion Laurien gefundenen Dokument vom Reichskommissariat erhalten hat. Der Zeuge ist eben dabei, zu schildern, wie Pawlowowski von ihm für die restlose Ausfüllung 6000 R. gefordert und 500 R. auf Voranschlag erhalten hat, als er erneut vom Rechtsanwalt Joffé unterbrochen wird. Der Verteidiger will den Namen des Mannes wissen, der ihm den Auftrag erteilt hat. Der Zeuge ist der Ansicht, daß es belanglos sei. Der Oberstaatsanwalt erhebt sich und äußert den gleichen Standpunkt. R. A. Joffé vernimmt sich dagegen, daß der Oberstaatsanwalt seine Fragen kontrolliere; er sei hier da, um völlige Klarheit in die Angelegenheit zu bringen.

Er wolle wissen, aus welchem Grunde eine deutsche Reichsbehörde unter Umgehung der politischen Polizei sich an einen Menschen wendet, der in Deutschland ein Fremder ist und den Zwischenträger spielt.

Sievert protestiert, mit der Faust auf den Tisch schlagend, gegen den beleidigenden Ausbruch „Zwischenträger“. Er bittet um Schutz gegen den Verteidiger. Der Vorsitzende ersucht R. A. Joffé derartige Ausdrücke zu unterlassen. Dieser besteht auf seiner Frage. Das Gericht lehnt sie wegen Unverhältnißmäßigkeit ab. Der Oberstaatsanwalt, der schon früher einmal versucht hatte, sich für eine zusammenhängende Darstellung durch den Zeugen einzusetzen, bittet, die Sitzung wegen des Zwischenfalles zu vertagen. Das Gericht vertagt die Verhandlung auf Sonnabend.

Das Verbrechen an der Dreizehnjährigen.

Zur Aufklärung des schweren Sittlichkeitsverbrechens in der Jungfernhöhe an der 13jährigen Schülerin hat die Berliner Kriminalpolizei umfassende Maßnahmen zur Unschädlichmachung des Unholds getroffen. Leider war es bisher noch nicht möglich, die Personalleisten des jugendlichen Begleiters des Mädchens zu erfahren, der vielleicht eine genaue Beschreibung des Täters, von dem man bisher nur weiß, daß er eine fürsterähnliche Uniform getragen hat, zu bekommen. Die überfallene Schülerin befindet sich außer Gefahr.

Sie sah ihn einen Augenblick an. Dann schlug sie die Augen nieder, und jede Linie ihres Körpers schien ihre Zustimmung zu verraten.

„Dann kommen Sie. Unwillkürlich strafften sich seine Reimmusteln, als wollte er sie gleich zur Tür führen. „Mein Auto wartet draußen. Sie brauchen sich nur noch den Hut aufzusetzen.“

Er beugte sich über sie. „Ich darf doch?“ sagte er und lächelte sie.

Es war ein langer Kuß, und sie sprach zuerst. „Wie ist das möglich? Wie können Sie Ihr Geschäft im Stich lassen? Ist etwas geschehen?“

„Nein, noch ist nichts geschehen, aber es kommt vielleicht schnell. Ich habe mir keine Predigt zu Herzen genommen, und ich verspreche, daß ich dir dienen werde. Alles übrige kann meinertwegen zum Teufel gehen. Du hast ganz recht. Ich bin ein Sklave meines Geldes gemessen, und da ich nicht zwei Herren dienen kann, lasse ich das Geld schwimmen. Ich will lieber dich haben als alles Geld auf der Welt, das ist alles.“

Wieder schloß er sie in seine Arme. „Und jetzt habe ich dich, Debe. Ich habe dich.“

Und ich will dir noch etwas sagen. Ich habe mein letztes Glas getrunken. Du heiratest einen Säuser, aber wenn ich dein Mann bin, wird die Geschichte anders. Er wird ein anderer Mensch, und das so schnell, daß du ihn gar nicht wieder kennst. Wenn wir ein paar Monate in Glen Ellen sind, wachst du eines Morgens auf und entdeckst, daß du einen ganz fremden Mann bei dir hast. Du wirst sagen: „Ich bin Frau Harnisch, und wer sind Sie?“, und ich werde sagen: „Ich bin Glam Harnichs jüngerer Bruder. Ich bin eben aus Alaska zur Beerdigung gekommen.“ „Was für eine Beerdigung?“ wirst du dann fragen. Und ich werde sagen: „Run die Beerdigung von dem Taugenichts, dem Spieler und Säuser Burning Danlight — dem Mann, der an Herzverfettung starb, weil er die Nächte hindurch das Geschäftsspiel spielte. Ja, gnädige Frau,“ werde ich sagen, „er ist um die Ecke gegangen, das ist sicher, aber jetzt bin ich gekommen, um seinen Platz einzunehmen und Sie glücklich zu machen. Und jetzt, gnädige Frau, werde ich mit Ihrer Erlaubnis auf die Weide gehen und die Kuh melken, während Sie das Frühstück bereiten.“

Wieder ergriff er ihre Hand und tat, als ob er sie zur Tür ziehen wollte. Als sie Widerstand leistete, beugte er sich zu ihr herab, nahm ihren Kopf in seine Hände und küßte sie wieder und wieder.

Der Tod unter Tage.

Gestern drei Katastrophen.

Rattowik, 5. Juli.

Gestern in später Nacht ereignete sich auf dem Silberbrand-Schacht in Antonienhütte ein schwerer Unfall durch Zubrechgehen einer Strecke, wobei vier vor Ort arbeitende Leute verschüttet wurden. Ob die Bergleute noch am Leben sind, konnte bisher nicht festgestellt werden; doch sind sofort Bergungsarbeiten eingeleitet worden, um zu den Verschütteten vorzubringen.

Hamm, 5. Juli. (Eigenbericht.)

Auf der Zeche Westfalen ereignete sich am Freitag um die Mittagszeit infolge eines Grubenbrandes im „Alten Mann“ eine Schlagwetterexplosion. Es wurden zwei Arbeiter getötet, die mit Abbaumungsarbeiten beschäftigt waren. Die Mittagschicht des Nachbarreviers konnte nicht eingefahren werden. Der übrige Betrieb läuft weiter. Mit der Abkämpfung des brennenden Reviers wurde sofort begonnen. Eine Untersuchung des Unglücks ist von der Oberbergbehörde eingeleitet worden.

Stadde, 5. Juli. (Eigenbericht.)

Auf Zeche Matthias Stinnes III/IV wurden infolge Defektes einer Schüttelrutsche fünf Bergleute verschüttet. Erst nach mehreren Stunden gelang es, drei der Verunglückten mit schweren, zwei mit leichten Verletzungen zu bergen. Die Ursache des Defektes ist noch nicht festgestellt.

Der Fall Baum.

Nach dem Freispruch im Wiederaufnahmeverfahren.

Leipzig, 5. Juli.

Das Wiederaufnahmeverfahren im Mordmordprozess gegen den Angeklagten Baum, wie gemeldet, mit der Freisprechung des wegen Anstiftung zum Mord verurteilten Hofarbeiters August Baum.

Der Freispruch erfolgte aus Mangel an Beweisen. Das Schwurgericht hatte sich von der Unschuld des Angeklagten Baum nicht überzeugen können. Zunächst wurde einer der Hauptbelastungszeugen im ersten Verfahren, ein landwirtschaftlicher Arbeiter, als unzurechnungsfähig erkannt. Der Angeklagte Baum selbst ist ein alter Mann und Analphabet. Ein weiterer Zeuge, Inhaber des Zuchthauses in Waldheim, erklärte, er beschwöre seine Aussagen nicht.

In der Begründung des Urteils wurde erklärt, daß namentlich auf die Aussagen der Zuchthausinsassen von Waldheim kein Wert gelegt werden sei, weil diese Aussagen durch verbotenen Verkehr der Besagten unter sich und durch Beeinflussung nach außen zustande gekommen seien. Andererseits hätten wertvolle Zeugen nach so langer Zeit sich nicht mehr mit der nötigen Sicherheit an die Tatsachen erinnern können.

20 Jahre Wohlfahrtsstelle im Präsidium.

Vor 20 Jahren, am 1. Juli 1909, wurde die Wohlfahrtsstelle im Berliner Polizeipräsidium begründet, die seit 1920 zum Landesjugendamt der Stadt Berlin gehört. Aus diesem Anlaß wurden von den verschiedenen Dienststellen des Berliner Polizeipräsidiums, die in enger Fühlung und Zusammenarbeit mit der Wohlfahrtsstelle stehen, der seit der Gründung an der Spitze der Wohlfahrtsstelle stehenden Margarete Dittmer die herzlichsten Glückwünsche ausgesprochen. Unter den Gratulanten befanden sich Staatssekretär Dr. Heegg, der Polizeipräsident Jörgiebel, der Polizeivizepräsident Dr. Weiß, Regierungsdirektor Scholz, vom Frauenhilfsverein im Polizeipräsidium Frau Jörgiebel und Frau Polizeirat Henning sowie die Kriminalräte Schloffer und Lindemann.

„Ich sehne mich nach dir, mein Herz.“ murmelte er. „Seh dich und sei vernünftig.“ bat sie mit brennenden Wangen, während das goldene Licht goldener flammte, als er es je gesehen.

Aber Danlight wollte seinen Willen durchsetzen, und als er sich jetzt hinsetzte, tat er es neben ihr und legte den Arm um sie.

„Du hast noch nicht auf meine Fragen geantwortet,“ sagte sie vorwurfsvoll, während sie sich mit roten Wangen und strahlenden Augen aus der Umarmung löste.

„Also, was willst du denn wissen?“ fragte er.

„Ich will wissen, wie das alles möglich ist? Wie du zu einem solchen Zeitpunkt dein Geschäft im Stich lassen kannst. Was du damit meinst, daß bald etwas geschehen würde. Ich —“ Sie hielt inne und erröte. „Ich habe ja auch keine Fragen beantwortet.“

„Komm und laß uns heiraten,“ sagte er, und der neckische Klang seiner Stimme wurde durch den Glanz seiner Augen verdoppelt. „Du weißt, daß ich meinem starken jungen Bruder weichen muß und nicht mehr lange zu leben habe.“ Sie verzog das Gesicht ungeduldig, und er wurde plötzlich ernst. „Siehst du, die Sache ist so, Debe. Ich habe wie vierzig Pferde gearbeitet, seit die verfluchte Panik anfang, und unterdessen lagen die Ideen, die du mir gegeben hast, zum Keimen bereit in mir. Run, und heute morgen keimten sie wirklich, das ist alles. Ich stand auf mit der Absicht, mich gewöhnlich ins Kontor zu gehen. Die Sonne schien durchs Fenster herein, und ich wußte, daß es ein herrlicher Tag in den Bergen würde. Und ich wußte, daß ich gern mit dir in die Berge reiten wollte — dreihundertmal lieber als ins Kontor gehen. Aber dabei wußte ich, daß es unmöglich war. Und warum? Des Geschäftes wegen. Das Geschäft erlaubte es nicht. Mein ganzes Geld stellte sich auf die Hinterbeine, verperrte mir den Weg und wollte mich nicht durchlassen. Eine Art und Weise hat dies verfluchte Geld, sich einem in den Weg zu stellen. Du weißt es selbst.“

Und da sagte ich mir, daß ich jetzt an einem Kreuzweg angekommen wäre. Der eine Weg führte ins Kontor. Der andere nach Berkeley. Und ich wählte den Weg nach Berkeley. Ich setze meine Füße nicht mehr ins Kontor. Das ist vorbei! Fertig! Und ich lasse alles zum Teufel gehen.“

Sie sah erschrocken zu ihm auf.

„Du meinst —“ begann sie.

(Fortsetzung folgt.)

Jack London:



(Berechtigte Uebersetzung von Erwin Magnus.)

Eine halbe Stunde später sagte er nach Berkeley. Und zum erstenmal hielt das große rote Automobil gerade vor dem Hause. Dede wollte ihn ins Wohnzimmer führen, aber er schüttelte den Kopf und machte eine Bewegung nach ihrem eigenen Zimmer.

„Drinnen,“ sagte er. „Anderswo will ich nicht.“ Als die Tür geschlossen war, streckte er die Arme nach ihr aus und zog sie an sich. Dann legte er ihr beide Hände auf die Schultern und sah ihr ins Gesicht.

„Debe, wenn ich Ihnen sage, mit reinen Worten sage, daß ich auf der Ranch von Glen Ellen leben und nicht einen Cent mitnehmen will, daß ich mir jeden Bissen erarbeiten und nie mehr eine Karte anrühren will von dem geschäftlichen Spiel, wollen Sie mich dann nehmen?“

Sie stieß einen kleinen Freudenschrei aus, und er schloß sie noch fester in seine Arme. Doch im nächsten Augenblick hatte sie sich frei gemacht und hielt ihn in der alten Stellung mit ausgestrecktem Arm von sich ab.

„Ich — ich verstehe nicht,“ sagte sie atemlos. „Und Sie haben mir noch keine Antwort gegeben — aber ich glaube im übrigen, daß das gar nicht nötig ist. Wir heiraten sofort und brechen auf. Ich habe Bob und Wolf schon hingeschickt. Wann sind Sie fertig?“

Dede mußte lächeln; Danlight lächelte auch. „Sehen Sie, Debe, wir müssen offen miteinander reden — die Wahrheit, die ganze Wahrheit und nichts als die Wahrheit. Jetzt beantworten Sie mir einige Fragen, und dann will ich Ihnen antworten.“ Er wartete einen Augenblick, ehe er fortfuhr: „Also, vor allem eine Frage: Lieben Sie mich genug, um sich mit mir zu verheiraten?“

„Aber —“ begann sie. „Kein aber,“ unterbrach er sie scharf. „Jetzt heißt es: Karten auf den Tisch. Wenn ich heiraten sage, so meine ich, was ich gesagt habe, daß wir von hier fortgehen und auf der Ranch leben wollen. Lieben Sie mich genug, um sich mit mir zu verheiraten?“

Das 20. Jahrhundert



Nordend-Rosened - 51.

Rückfahrt: U-Bahn Dahlem (Thielplatz) bis U-Bahn Nordring, dann 51 bis Nordend.

Eine Fahrt ohne Umsteigen von bedeutender Länge und mit hervorragend günstig gelegenen Endpunkten vermittelt die Straßenbahnlinie 51: Nordend-Rosened. Hundelehle und Rosened sind die beiden Ausfallorte für den südlichen Teil des Grunewalds, der durch die Seenette Grunewaldsee mit Pansborn, Krümme Lanke mit Ufel Loms Hütte und Schiackensee besondere Anziehungskraft ausübt. Ist man nun tagsüber gewandert, so kommt der stets gefürchtete Augenblick des Hineinquerens in bereits überfüllte Wagen: Eisenbahn oder Straßenbahn oder Omnibus — die Heimfahrt ist meist die gleiche. Für unsere diesmalige 20-J.-Jahre-Wochenendtour hat man aber eine bequeme Heimfahrt, wenn man sich, Zehlendorf oder gar Wannsee entweder ganz vermeidend oder früh verlassend, nach der in Dahlem beginnenden Untergrundbahn begibt. Thielplatz ist die Endstation — man wird die Chancen eines nicht zu anstrengenden

Antrittes für die Rückfahrt für sich haben. Und dann lauft man durch dieses Riesen-Berlin bis zur Station Nordring, von wo Straßenbahnen 48, 49, 51, und Omnibus 9 die weitere Rückbeförderung nach dem Norden übernehmen. Die letzte U-Bahn verläßt Thielplatz um 0,47; auch für die, denen die bisher noch recht kühle Abendluft sympatisch ist, gibt daselbe 20-J.-Billet noch Anreize auf einen Anschließwagen der Straßenbahn oder einen Anschließ-omnibus.

Das um Nordend gruppierte Gebiet von Pantow und Riederhöfen, ausgezeichnet durch natürliche Schönheiten und Kunstschöpfungen, ist eine den Berlinern wohlvertraute Gegend, aber auch darüber hinaus laden Orte wie Rosenthal, Blankenfelde und Buchholz den Wanderlustigen. Durch die am 24. Juni eröffnete Omnibuslinie nach Schildow über Blankenfelde hat dieser Teil des Nordens einen neuen Reiz für den Ausflügler bekommen. Straßenbahn 51 stößt auf den ab Pantow fahrenden Omnibus, der allerdings einen Fahrpreis von 30 Pf. fordert.

Wagen der Karren siehe im 20-J.-Führer der B.S.G.-Karren 3 und 4 (Grunewald).

Der Nord in Weissenfee.

Zwei Mitwisser verhaftet.

In der Weissenfee Raubmordaffäre sind im Laufe des gestrigen Tages noch zwei Männer festgenommen worden, die von dem Täter der Mitwisserchaft bezichtigt werden. Es sind dies der 22jährige Erich Scheffel und der gleichaltrige Karl Matfersen.

Die Burschen hatten zusammen mit Prjzbggilt die Vertlich-leiten genau ausgeundschaftet. In der Nordnacht wollte S. zusammen mit Scheffel den geplanten Raub ausführen. Scheffel hatte aber seinen „Rut“, und so fuhr S., der in seinen Kreisen den Spitznamen „Sonny“ hatte, allein mit der Straßenbahn nach Weissenfee hinaus. Gegen 1 Uhr machte er sich auf den Weg nach der Schenke. In einem günstigen Augenblick schob er die nicht ganz heruntergelassene Jalouise hoch und drang in den unverriegelten Laden ein.

Ein unglücklicher Zufall wollte es, daß die Händlerin, die sonst stets oben zu schlafen pflegte, gerade in dieser Nacht zum ersten Male ihr Lager in der Hinterstube aufgeschlagen hatte.

Der Grund dazu war in allen Familienstreitigkeiten mit den im selben Hause wohnenden nächsten Verwandten zu suchen. Die Schlafende erwachte plötzlich durch ein Geräusch und wollte aufspringen. Der Täter, der von der Straße her Stimmen zu hören glaubte, mochte aus diesem Grunde nicht, durch den Laden zurückzutreten, drang mit dem Pflosterstein auf die Ueberrollschle ein und streckte sie durch mehrere wichtige Schläge nieder.

Der 22jährige Marian Prjzbggilt ist übrigens wegen Diebstahls mehrfach vorbestraft. Die drei Festgenommenen werden heute dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Die Stadtbibliothek am Bülowplatz.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte in der Sitzung vom 31. Januar 1929 die Notwendigkeit der Errichtung eines Gebäudes für die Stadtbibliothek sowie eines neuen städtischen Verwaltungsgebäudes auf dem städtischen Gelände am Bülowplatz anerkannt. Der Magistrat hat daraufhin durch die Hochbaudeputation einen Kostenschlag nebst Erläuterungsbericht ausarbeiten lassen. Der Antrag schließt mit einer Gesamtsomme von 4 035 000 M. für die Stadtbibliothek und 2 710 000 M. für das Verwaltungsgebäude, zusammen also mit 6 745 000 M. ab. In dieser Summe sind die Bauzinsen unter Zugrundelegung einer Bauzeit von einem Jahr enthalten. Der Grund und Boden ist bereits Eigentum der Rammereierverwaltung. Von den Kosten sind im Haushaltsplan des laufenden Jahres bei der außerordentlichen Verwaltung für die beiden Gebäude je 1 000 000 M. eingestellt.

Ueber die Bauvorlage des Magistrats wird die Stadtverordnetenversammlung nach den Sommerferien entscheiden. Der Bau des Bibliotheksgebäudes soll in erster Linie in Angriff genommen werden. Der Vertrag über das Marktgebäude, in dem die Stadtbibliothek jetzt untergebracht ist, läuft am 31. März 1930 ab. Da bis zu diesem Termin eine Fertigstellung des Gebäudes unmöglich ist, ist mit dem preussischen Staatsrat bezüglich der Bibliotheksräume über eine Verlängerung des Vertrages bis zum 31. März 1931 verhandelt worden. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, doch läßt sich mit Sicherheit annehmen, daß hierüber eine Einigung zustandekommen wird. Dagegen würden sich voraussichtlich Schwierigkeiten ergeben, wenn infolge einer Verzögerung des Baues die Verlegung der Bibliothek aus den Marktarräumen bis zum 31. März 1931 nicht erfolgen könnte, da der Staat die Räume von diesem Zeitpunkt an für seine eigenen Zwecke benötigt. Berücksichtigt man außerdem, daß der Umzug der Bibliothek in das neue Gebäude längere Zeit in Anspruch nehmen wird, so kann die rechtzeitige Räumung des Markts nur erfolgen, wenn noch im Spätsommer dieses Jahres mit dem Neubau begonnen wird.

Der Geldraub im Reisebureau.

Der raffiniert ausgetügelte Geldraub im Mitteleuropäischen Reisebureau konnte noch nicht weiter gefaßt werden. Im Zusammenhang damit scheint allerdings ein Vorfall zu stehen, der in einer Filiale derselben Gesellschaft in der Friedrichstraße vor einigen Tagen Aufsehen erregte. Dort erschienen zwei Männer von osteuropäischem Typus, die eine Fahrkarte nach Paris haben wollten. Die Kassiererin hatte jedoch vorsichtigerweise ihren Schalter zugezogen und abgeschlossen als sie sich für einen Augenblick in die hinteren Räume begeben mußte. Als sie zurück-

kehrte, sah sie, wie einer der beiden Männer versucht, durch das Gitter zu langen und sich des Geldes zu bemächtigen. Sie schlug sofort Alarm und die beiden Individuen suchten ihr Heil in der Flucht. Im Gewühl der Straße konnten sie unerkannt entkommen. Man vermutet, daß die Täter mit den Gebrüthern, die im „Mer“ unter den Linden mit größerem Erfolg arbeiteten, identisch sind. Da von den mutmaßlichen Tätern eine ziemlich genaue Beschreibung gegeben werden konnte, ist anzunehmen, daß die Polizei ihrer bald habhaft wird.

Wohnsiedlung Friedrich Ebert.

Eine feierliche Grundsteinlegung.

Bei Sonnenschein und in feierlich schwarzrotgoldenen Farben glanz fand die Grundsteinlegung der Wohnsiedlung Friedrich Ebert statt.

Der Bau- und Sparverein „Eintracht“ zu Berlin errichtet auf einem mehr als 100 000 qm großen Gelände eine Wohnsiedlung mit 1440 Wohnungen. Das Wohngebiet erstreckt sich von der Müllerstraße die Swakopmunder Straße entlang bis zum Volkspark Rehberge und wird von der Friedrichs- und Logastrasse durchschnitten. Die Siedlung wird nach einem Bauplan der Architekten Prof. Weses und Emmerich und des Baurats Bruno Laut im Zellendbau errichtet. Die Zugänge zu den Wohnungen liegen fast völlig an stillen Wohnwegen. Der Abstand der einzelnen Gebäudegruppen beträgt mindestens 25 Meter und ist mit Grünflächen und Kinderspielflächen ausgestattet. Die ganze Siedlung läßt sich harmonisch der großen Grünflächenanlage der Rehberge ein. In Angriff genommen ist der Bau von 600 Wohnungen, während die restlichen 840 Wohnungen im nächsten Jahre erbaut werden sollen. Die Wohnungen erhalten Zentralheizung, Warmwassererwärmung und zentrale Waschküchen mit modernen Waschmaschinen. Durch Gewährung von Hauszinsunterstützung und Zuschuss hypotheken seitens der Stadt Berlin zu billigen Zinsen wird angestrebt, hier eine weitere Senkung der Mieten zu ermöglichen. Die erste Hypothek gibt die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Vorstand und Aufsichtsrat des Bau- und Sparvereins „Eintracht“ haben beschlossen, diesen neu zu erbauenden Stadtteil „Wohnsiedlung Friedrich Ebert“ zu nennen. Ein Gedenkstein zum Gedächtnis des verstorbenen ersten Reichspräsidenten Genossen Ebert wird am Eingang der Siedlung errichtet werden. Bei der gestrigen Grundsteinlegung gab der Vorsitzende, Genosse Bauer, zum Ausdruck, daß durch diese Ehrung des Verstorbenen ein kleiner Teil des Dankes zum Ausdruck gebracht werden soll, den das deutsche Volk dem Manne schuldet, der in Deutschlands schwerster Zeit in kühner und besonnener Weise, in treuester und selbstloser Pflichterfüllung das Deutsche Reich vor Zerfall und Untergang rettete. Genossin Luise Ebert gab der feierlichen Niederlegung der Urkunde einen Rosenkranz mit dem Wunsch bei, daß die neue Siedlung dem Wohle des Volkes dienen möge.

Treugelöbnis am Sonnenwendfeuer.

Unsere Arbeiterjugend feiert.

Die westlichen Bezirke der Arbeiterjugend der Provinz Brandenburg hatten zu einer Sonnenwendfeier nach Falkensee aufgerufen. Zu Hunderten kamen sie, die Jungen und Mädchen in ihren blauen Kitteln mit ihren roten Fahnen. Ein stattlicher Fackelzug formierte sich in den späten Abendstunden, und mit Kampfesworten ging es durch Falkensee nach dem Festplatz am Falkenhagener See. Die Natur lag in Schweigen, als aus jungen Reihen das Lied „Dem Morgenrot entgegen“ erscholl. Erhebend rief jeder zur Laute, und dann zog alle das Sprechwort „Grenzlose Erde“ von Max Barthele in Bann.

Schon loderten die Flammen, als der Redner des Abends, Genosse Lude, Berlin, zündende Worte in die Stille der Nacht hinausrief. Er feierte den Sonnenwendtag als den Tag der inneren Einheit und Befähigung auf unser Menschsein. Der natürliche Freiheitswille der arbeitenden Menschheit fordere auf zum Kampf um neue Lebensrechte. Neue Menschen brauchen wir zum Aufbau einer neuen Welt, in der die Grundgedanken des Sozialismus — Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit — ein wichtiges Fundament bilden. Sonnenwende kann somit nicht allein ein symbolisches Fest einer Nation sein, denn überall auf dem Erdenrund schmachten noch die Menschen in Fabriken, Schächten und elenden Hütten. Der Internationalismus des Kapitalismus muß eine Internationale des

Sozialismus entgegenreten. Die Jugend ist am Werke, diesen sozialistischen Internationalen den lebendigen Inhalt zu geben. Im roten Wien werden in einigen Tagen 35 000 Jungen und Mädchen aller Länder, darunter 12 000 Deutsche, für die Friedensbereitschaft der Jugend und für den Sozialismus demonstrieren. Alle, die nicht nach Wien fahren können, legen schon hier am Sonnenwendfeuer das Gelöbnis zur Bittererständigkeit ab. Alle wollen sie Bauarbeiter zum Aufbau einer neuen Welt sein. So ist für uns Sonnenwende zugleich Symbol einer kommenden Menschheits- und Weltwende. Die lodern den Flammen lösten Begeisterung für den Sozialismus aus, alle gelobten, daß die Flamme des Sozialismus in Millionen von Herzen hell werde.

Bei Spiel und Tanz um das Sonnenwendfeuer verlebten jung und alt noch frohe Stunden, bis das Morgenrot den neuen Tag grüßte.

Kesselexplosion im Gaswerk.

Ein Arbeiter tot, ein Schwerverletzter.

Wiesbaden, 5. Juli.

In dem Gaswerk Biebrich explodierte in der Nacht auf Freitag aus unbekanntem Grund ein Dampfessel. Bei der Explosion wurde ein Arbeiter tödlich verletzt, ein zweiter erlitt schwere Verwundungen, außerdem entstand großer Sachschaden. Der Schornstein des Werkes wurde teilweise umgelegt und das Dach des Kesselhauses zum größten Teil zerstört.

Erweiterung des „Bewag“-hauses. Die Berliner Städtische Elektrizitätswerke haben das Grundstück Schiffbauerdamm 23 mit einer Flächengröße von 1404 Quadratmeter als Bureauhaus zur Erweiterung des Bureaugebäudes Schiffbauerdamm 22 für 1 050 000 M. gekauft. Die Auflassung und Eintragung des Eigentums in das Grundbuch ist inzwischen erfolgt.

Biliger Sonntag im Zoo. Der nächste Sonntag, am 7. Juli, ist im Zoologischen Garten billiger Sonntag. Der Eintrittspreis für Erwachsene beträgt 50 Pf., für Kinder 25 Pf.; dieselbe Ermäßigung gilt auch für das Aquarium. Es sei auch für die Ferien- und Urlaubszeit auf die nengestaltete Einrichtung der Monatsarten zu 12 M. hingewiesen. Sie sind vom Tage der Lösung ab vier Wochen gültig und an allen Eingangsstellen des Zoologischen Gartens zu haben.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind an das Parteisekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu richten.

1. Kreis Weibing. Die Kreisführer werden ersucht, zu der Kreisversammlung am Dienstag, 9. Juli, 19 1/2 Uhr, im großen Saal der Theresienstraße, bestimmt einzuliegen.
2. Kreis Charlottenburg und Spandau. Letzte Juristische Sprechstunde vor den Gerichtsferien findet heute, Sonnabend, 6. Juli, von 17-18 Uhr, im Saal des Reichsgerichts, 1. Hof III, 2. Hof, statt. Gelegenheit zum Rechtsantritt.
3. Kreis Tempelhof. Die Abteilungen werden ersucht, die Einblendungen für die Kreismitgliedsversammlungen am Genossen Salowitz, Rieberschönweide, Grünauer Straße, heute, Sonnabend, 6. Juli, nachmittags bestimmt abzuholen.
4. Kreis Köpenick. Montag, 8. Juli, 19 Uhr, im Arbeitsamt Schöneberg, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
5. Kreis Weissenfee. Montag, 8. Juli, 19 Uhr, bei Götts, Ledderstraße, Kreisvorstandstreffen.
6. Kreis Reinickendorf. Bis zum 24. Juli sind alle für den Kreisvorstand bestimmten Gebungen an den Genossen Paul Altpis, Reinickendorf-Ort, Hauptstr. 119, zu richten.

Heute, Sonnabend, 6. Juli.

13. Uhr 10 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
14. Uhr 11 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
15. Uhr 12 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
16. Uhr 13 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
17. Uhr 14 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
18. Uhr 15 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
19. Uhr 16 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
20. Uhr 17 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
21. Uhr 18 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
22. Uhr 19 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.

Morgen, Sonntag, 7. Juli.

1. Uhr 10 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
2. Uhr 11 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
3. Uhr 12 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
4. Uhr 13 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
5. Uhr 14 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
6. Uhr 15 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
7. Uhr 16 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
8. Uhr 17 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
9. Uhr 18 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
10. Uhr 19 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.

Jungsozialisten.

Gruppe Süden und Nördern treffen sich am Sonntag, 7. Juli, Weisse-Baum-Schule zur Arbeit zum Ostseebad.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Die Arbeitstreffen der Kreise Prenzlauer Berg und Schöneberg treffen sich Sonnabend, 6. Juli, 8 Uhr in der Vorhalle des Lehrers Wohnhofs, und nicht wie irrtümlich angegeben wurde, um 10 Uhr.

Weissenfee. Treffpunkt der Rammereier: Weissenfee, Rammereier, um 6 1/2 Uhr im Saal des Reichsgerichts, 1. Hof III, 2. Hof, statt.

Geburtstage, Jubiläen usw.

1. Uhr 10 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.

Sterbefall der Groß-Berliner Partei-Organisation

1. Uhr 10 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
2. Uhr 11 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
3. Uhr 12 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
4. Uhr 13 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
5. Uhr 14 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
6. Uhr 15 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
7. Uhr 16 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
8. Uhr 17 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
9. Uhr 18 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
10. Uhr 19 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.

Sozialistische Arbeiterjugend Gr. Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind an das Jugendsekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu richten.

1. Uhr 10 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
2. Uhr 11 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
3. Uhr 12 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
4. Uhr 13 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
5. Uhr 14 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
6. Uhr 15 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
7. Uhr 16 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
8. Uhr 17 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
9. Uhr 18 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
10. Uhr 19 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.

Heute, Sonnabend, 19 1/2 Uhr:

1. Uhr 10 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
2. Uhr 11 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
3. Uhr 12 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
4. Uhr 13 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
5. Uhr 14 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
6. Uhr 15 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
7. Uhr 16 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
8. Uhr 17 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
9. Uhr 18 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
10. Uhr 19 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.

Morgen, Sonntag:

1. Uhr 10 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
2. Uhr 11 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
3. Uhr 12 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
4. Uhr 13 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
5. Uhr 14 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
6. Uhr 15 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
7. Uhr 16 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
8. Uhr 17 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
9. Uhr 18 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.
10. Uhr 19 1/2 Uhr bei Götts, Heuer Straße, Funktionärstreffen.

Billige Anzug-Woche!

Herrenanzüge 49.- 59.- 69.- 79.- 89.- 98.- M.
Regenmäntel 18⁵⁰ 19⁵⁰ 21.- 27.- 29.- 39.- „

Einige Beispiele:

M. Schulmeister
Kottbuser Tor

Werner Ming: Wahlschlacht in Ajaccio

Bräute Sonne füllt die enge Gassenstraße mit gelbem Leuchten. Frühlingshafte Häuser wachsen an den Dächern zusammen. Die Tristolare (Hände) schieben sie aus halbgeschlossenen grünen Jalousien hervor, kreuzen sich von hüben und drüben und werfen spärliche Schatten auf die Mauer.

Aus der Tür tritt er, tänzelnd. Zwischen seine Baststiefe und die granitene Regenrinne schiebt sich eine Schicht Sonnengold. Das Mauwerk plündernd, an den Knöcheln zusammengebundenen Hosen und das Rot seines Gürtels überstrahlen die Farben der Fahnen. Mit heldischem Ruck wirft er die Strähne schwarzen Haars aus der braunen Stirn. Sein lühnes scharfgelamtes Gesicht, halb nach oben gewendet, sammelt allen Lichtglanz auf Kinn und Nase. Seine starken Zähne blitzen.

Blötzlich, da er sich vor Freude nicht mehr fassen kann, zieht er aus der Hosentasche den Revolver, hält ihn hoch über sich und knallt sechs Kugeln in die Luft. Bei jedem Schuß häupt er von einem Bein aufs andere. „Vive Napoléon!“ schreit er. Blasse Hände klatschen Beifall. Violette Seidenschärpen wehen zwischen den hölzernen Fensterläden.

Sieg, großer Sieg!
Er verschwindet stolz und lachend in der Quergasse und wird von schwarzen Schatten eingefolgt.

In Ajaccio liegen bei jedem Wahlgang die Bonapartisten. Das gehört zur Tradition. In Corte dagegen, der alten korsischen Hauptstadt und unergleichlich molerisch gelegenen Raubereitungs, liegen eben so sicher die Republikaner im Zeichen des Generals Paoli, der ein Sippenfeind der Bonapartes war und eine korsische Sonderpolitik zugunsten der Engländer trieb, als der Stern Napoleons bereits das Firmament Europas überstrahlte.

Diese Ereignisse liegen hundert und elftliche Jahre zurück, und die Geschichte hat inzwischen zu wilderen Tänzen aufgespielt. Inselvölker leben jedoch langsamer als kontinentale. Der Geist ihrer Heroen wandert nicht aus, selbst wenn die Körper von der letzten Seefahrt nicht zurückgekehrt sind.

Der Sieg war sicher. Aber würde er die Herzen erheben, wenn nicht wenigstens der Anschein bestünde, ihn ruhmvoll und unter Opfern erlauft zu haben? Die letzten Tage vor den Wahlen vermanbelten die friedlichen Straßen und Plätze der Stadt in Schlachtfeldgelände. Zunächst bekämpften sich die streitenden Parteien, Republikaner an roten und Bonapartisten an violetten Schleißen kennlich, durch die Macht des Gesanges. Stundenlanges Geheul durchstobte die Häusergehäuden. Marzellalle und Ajaccienne steigerten sich, wenn die Hügel einander begegneten, zum wüsten markerschütternden Gedrüll.

Später begann das Revolvergeschrei. Jeder korsische Mann trägt sein Schießgerät bei sich. Es wird nur in die Luft geschossen, aber mit scharfer Munition. Das knallt lauter. Die Tausende von Bleikugeln, die abendlich gegen die Sterne geschleudert wurden, haben schließlich alle wieder zur Erde zurückkehren müssen. Zum ersten Male nach dem Kriege schaute ich mich nach dem Stahlhelm als schlächter Kopfbedeckung.

Korfeuer qualmten nachts zwischen den hohen Gassen. Vom Berge aus gesehen, schmelte die Stadt wie der Brand des neronischen Roms in rotolorierten Filmaufnahmen. Kanonenschläge explodierten und zerrissen die düstere Luft durch grelle Blüthgarben. Feuerwerkfröliche Sprengeln unter die dichtgedrängte Menge republikanische oder napoleonische Argumente.

Es gab nur wenige Vermundete. In einem Dorf der Umgegend starb ein junges Mädchen durch den Querschlag einer verirrten Kugel. Man lobte allgemein die Mäßigung und Zurückhaltung der Parteien und meinte, es hätte viel schlimmer kommen können.

Der Sieg ist erlachtet. Der letzte Kandidat auf der bonapartistischen Liste hat einige tausend Stimmen mehr heimgetragen, als der erste auf der republikanischen.
Die Demonstration der Sieger ist auf 6 Uhr angesetzt. Schon

seit Mittag trachten die Kanonenschläge, Fahnen, Fahnen. Vor den Häusern Napoleonsbüsten, Altäre mit violetten Schleißen umwunden.

Pferde, Maultiere, Hunde und Katzen tragen violette Masken. Von den Autofahrern wehen violette Wimpel. Und die Motorradfahrer! Reun Fahnen hat einer am Gestänge seiner Maschine festgebunden, große und kleine, die größte, beinahe eine Regimentsstandarte, quer vorn am Lenker. So sieht er blauweißrot umwallt, kann kaum die Straße vor sich sehen und rast dennoch mit offenem Auspuffkopf, irrsinnig hupend, auf dem Cours Napoleon auf und ab, daß Mensch und Tier angstvoll beiseite springen.

Run formiert sich der Zug.
Die lebendige Stadt marschiert durch ihre toten, ausgestorbenen Quartiere.

Musik, Bläser mit den hellen durchdringenden Clairons. Wer hört sie? Gelang von vielen Tausenden mit dem hundertfach wiederholten Rehrim: „Napoleon . . . Na-poleon.“ Man errät ihn nur aus den offenen Mündern und den zitternd gespannten Halsadern. Lauter schon und doch eben nur wie ferne Brandung vernehmbar das Surren der Motorfahrzeuge, die alle im ersten Gang laufen ohne Schalldämpfer. Ein imponierendes Geräusch. Das große Hörspiel aber, auf das es ankommt bei dieser Volksbelustigung, wird von drei Instrumenten vorgetragen. In jedem Augenblick strecken Hunderte von Fäusten Pistolenläufe empor und knallen die sechs Schuß der Magazinladung im Schnellfeuer tempo heraus. Das ist der Orgelpunkt. In jedem Auto stehen drei oder vier Männer und schießen doppelrohrige Jagdflinten und Karabiner ab, laden so rasch, als ginge es ums Leben, schießen wieder. Das ist die Melodie. Die gewaltigsten Kanonenschläge geben den Baurenrhythmus.

In dieser schrecklichen Prozession tanzen alle Menschen, Männer, Frauen, Mädchen und Kinder, zwei Sprünge auf einem Bein, dann wiegen sich die Körper, zwei Sprünge auf dem anderen. Carmagnole. Stutanz.

Es zieht vorüber eine häßliche Bison, stampfend, schießend, brüllend. Man kann es glauben: der den Raum Europas mit Schlachtenadlern füllte, der seine todbringenden Kohorten zwischen Guadaquair und Beresina verbluten ließ für Phantome, die vielleicht in seinem Hirn lebendige Gestalten waren: Ruhm, Welt Herrschaft, er wirft seinen Schatten noch heute über die einfache Seele dieses Bergvolks, das ihn wie einen Gott verehrt.

Napoleon, Napoleon.

Als man im vorigen Jahr hier, am historischen Ort, einen Film drehte, warfen sich viele Menschen vor dem Schimmel in die Anie, auf dem der Schauspieler in Uniform und Haltung des kleinen Korporals durch die Straßen ritt.

Welt hinter dem Zug promaniert ein Duzend Gendarmen ohne Waffen. Sie schauen geflissentlich ins Blaue und tun, als hätten sie Sonntagsgutraub. Ich kenne ihren Chef und gehe ein Stück Wegs an seiner Seite. Er stammt aus der sanften Provence und findet die barbarischen Sitten der Insel abscheulich. „Was wollen Sie, Monsieur?“ resigniert er, „ich kann nicht 20 000 Menschen ins Gefängnis stecken. Morgen ist alles vorbei.“

Wirklich, es ist vorbei. Gravitätisch thronen wieder die Wartenfreuen hinter den Festungen aus Schichtstein. Die Händler bieten sechs Krugknöpfe, ein Paar Manschettenhalter und goldene Schmuckadornen für einen Franken an. Die Fischer läden ihre Rege und ernste Männer beraten unter Palmen würdig die Weltlage. Hunde und Katzen folgen sich um Knochenplättchen, die unter dem Haubheit der Regner hervorleuchten. Man ahnt nichts mehr von ihrer politischen Meinung. Sie tragen weder rote noch violette Schleißen. Die Gendarmen haben wieder ihre dicken Revolverstöcke umgeschultert, während die Zivilisten undewehrte harmlose Staatsbürger sind.

Ordnung regiert und der cäsarische Gott schläft auf Denkmalssockeln den Triumph aus. Schon wehen die Kränze aus Irisblüten zu seinen Füßen.

Emil Ludwig: Gegen den Krieg

Aus dem neuen Buche Emil Ludwigs „Juli 14“, das die Geschichte des Krieges behandelt, veröffentlicht mit Genehmigung des Verlages Carl Rowohlt, Berlin, den nachfolgenden Abschnitt.

Wo blieb die Vernunft? Hat sie Europa verlassen, seit sie ein paarmal mit vergebens lebenden Blüten hinter den Sesseln der Diplomaten erblüht? Ist sie der Nacht mildernden Gestalten müde, die hinter den geschlossenen Türen aller Paläste ungedrückt an den kleinen Höfenmaschinen arbeiten, damit sie pünktlich zur bestimmten Stunde explodieren und unter gewaltigem Getöse den Erdkern begraben? Hoffnungslos hat die Vernunft die Kabinette verlassen, sie ist auf die Straße gegangen.

Es rauscht durch die Städte. Unter die Millionen hat sie sich gemischt, da sie die zwanzig bis dreißig Herren Europas betreffen, unter die Namenlosen, da sie die großen Herren mit den langen Namen verraten haben. Jetzt reizt sie die Sklaven zum Protest. Die sind bereit, man braucht sie nicht zu überreden! Dampf und schweigend murren sie; hinter ihren Schraubstöcken und Drehbänken, Rasteln und Dampfschälern, Motoren und Walzen hören sie, was ihnen die Zeitung vom drohenden Gemitter spricht.

Aber abends trotten sie aus der steilen Graueit, aus der muffigen Enge ihrer Vorstädte in die glänzenden Quartiere des Geldes, und mit einem Male bilden sich Kolonnen, sie ordnen sich zu fünf, zu acht, die Mädchen hängen sich ein, die Frauen lassen ihre Arme hängen und schieben neben dem Manne her. Böse bligen Knöpfe und Augen der bewaffneten Polizisten herüber, noch lassen sie sie durch. Jetzt verlassen ihre Vorkörperliche Minister und Postkoffer, Staatssekretäre, Generale und Kanzleiräte, Lords, Grafen und Großfürsten, sie treten an die offenen Fenster; denn die Straße rauscht.

Klingt es nicht wie Marschtritt, bevor wir noch den Befehl geben zu marschieren? Wer rötet sich zusammen, bevor Kaiser oder Präsident das Dekret unterschreibt? Wollt ihr's erzwingen.

„Frieden! Frieden! Wir wollen keinen Krieg!“ rauscht es tausendfach vom Brandenburger Tor herüber, um die Ecke der beiden Wilhelmstraße, und mit dem Geräusch der überlammerten Linden steigt etwas wie Dampf aus den verschmitzten Kleidern der Tausende zu den Fenstern des niedrig langen Ministeriums empor.

„Frieden! Frieden! Nieder mit dem Krieg!“ rauscht es zur gleichen Stunde vom Wiener Burgring herüber, und von den Stufen des sorgsam verschlossenen Parlaments dringen die Rufe über die Bepfel des durchtummelten Volksgartens an die Barackenfenster des Ballhausplatzes.

„A bas la guerre! Vive la paix!“ rauscht es zur gleichen Stunde von den beiden großen Seinebrücken zum Quai d'Orléans herüber, und an den dunklen Fenstern des Elysee dröhnen die Letzte hinüber, und die hinterziehenden Rhythmen der Marzellalle prasseln, Völkerfreiheit fordern, zum Hause des Präsidenten empor.

„Peace! Peace! No war!“ rauscht es zur gleichen Stunde vom Trafalgar-Square, und die Träger des Friedensgedankens fordern von den Stufen des größten Kriegerdenkmals den Frieden der Welt.

Nur in Petersburg ist um diese Stunde das Rauschen verstummt: rasch hat man hier die Demonstranten mit Knuten und Säbeln, mit Pferdehufen und Revolvern vertrieben, zertreten, erschossen.

Hinter einem Schleier, heiliger als der von Isis, arbeiteten die Diplomaten der größten Mächte dem Kriege entgegen, denn sich die entscheidenden Chefs der Kämter nachher sämtlich entzogen. Jene aber, die sie im Schweigen ihrer Kabinette zum Tode verurteilten, die eine maßlose Forderung des Staates zwang, zu marschieren, wann immer die Trommel ertönte, waren ermocht und schienen entschlossen, sich zu wehren: machtlos erhoben die Friedensvereine der Welt die Idealistenstimme, machtlos tat der Vatikan ein paar zaghafte Schritte.

Weil das Schicksal Europas fast ganz von einer Klasse gesteuert werden sollte, war nicht andere Klasse berufen, es zu wenden. Weil Philosophen und Lehrer des Rechts nur wie aus luftleerem Raum ihre moralischen Gedanken zum Frieden den Völkern zuriefen, drängte die Geschichte den heiligen Egoismus der Ärmsten und Bedrängtesten zum Aufstand gegen den Krieg. Unerklärbar starren die obersten Biöde der kunstvollen Pyramide in die Wüste umher; da jingen die untersten Stufen an, stöhnend unter dem Druck der Jahrhunderte, langsam, Zoll für Zoll sich zu rühren.

Weil der Krieg vor allem auf der Arbeiterklasse lastet und ihr nicht bloß das Brot nimmt, sondern auch das Blut, weil der bewaffnete Friede die produktiven Kräfte lähmt . . . wird beschlossen, sich völlig dem Friedenskongresse in Genf anzuschließen,

um möglichst bald zur Abrüstung sowie zur Bildung und Vereinigung der Freien Staaten Europas zu gelangen.“ Dies war der erste Beschluß der Arbeiter gegen den Krieg gewesen, gefaßt vom Kongress in Lausanne. Ein vierzigjähriger Friede hatte diese Geister nicht eingeschläfert: jetzt war der Augenblick, das große Rein emporrauschen zu lassen!

Mario Mohr: Sonderbare Kaffeehäuser

Die wenigsten Menschen gehen ins Café, um Kaffee zu trinken. Es ist hier wie bei den meisten Dingen im Leben: Die Begleitumstände sind wichtiger als die Sache selbst. Die Cafetiers wissen das schon lange und suchen mit allerhand Genüssen besonderer Art aufzumuntern. Aber mit Musik und Zeitungen allein ist es nicht mehr getan. Man muß schon besondere Attraktionen haben. Manche Cafetiers haben Glück. Sie brauchen nur mit ihren Gästen zu prunken, die sie nichts kosten, sondern ihnen noch etwas einbringen. Aber viele müssen sich den Kopf zerbrechen und originell sein.

In einem neuen Berliner Café mitten im Herzen der Stadt ist diese originelle Idee eine Rolltreppe. Das Café liegt im ersten Stock. Man geht keine Treppe hinauf und fährt auch nicht mit dem Lift. Man benutz die moderne Rolltreppe. Erwachsene benutzen sie mit dem gleichen Vergnügen und der gleichen Ausdauer, wie Kinder rodeln. Viele kommen nur, um Rolltreppe zu fahren, rufen dann die Treppe herunter und fahren wieder herauf. So lange, bis sie müde und so durstig sind, daß sie doch oben im Café landen.

Wer hat sich nicht schon über die fünf Minuten, die man oft beim Friseur warten muß, grün und gelb geärgert? Wer sich fortan ohne Ärger rasieren lassen will, der geht in ein bestimmtes Café, sitzt bei Musik und fröhlichem Geplauder, bis ein Page der Reihe nach herausdrückt. Man läßt sich schnell rasieren oder die Haare schneiden und sitzt mit affenartiger Geschwindigkeit schnell und verschönt wieder an seinem Tisch in diesem Café.

Bei einem anderen Café ist es sehr schwer zu sagen, ob das ein Café mit Kunsthandel oder ein Kunsthandel mit Café ist. Bilder hängen an den Wänden, Bilder werden gezeigt. Die Verkäufer rechnen mit der altbekannten Tatsache, daß, wie der Appetit beim Essen, die Kauflust beim Sehen kommt. Man hat das Argument, daß man nicht zu kaufen, sondern nur Kaffee zu trinken kam. Dennoch wandert manch einer, der nur einen Schwärzen nehmen wollte, mit einem Kolossal-Original-Ölgemälde nach Hause.

Im Berliner Westen ist ein Café, das einen sonderbaren Eindruck macht, wenn man zum ersten Male hineinkommt. An jedem Tische sitzt eine Person, und neben fast jeder Tasse Kaffee steht ein Glas Tinte. Und alles schreibt. Ruhe herrscht hier, absolute Ruhe, keine Musik, kein Geplauder. Selbst die Kellner gehen leise wie auf Filzpantoffeln. Nur Federn hört man über das Papier tragen. Da werden Briefe geschrieben, Liebesbriefe zumeist. Männer, die kein Heim mit einem schönen Schreibtisch haben, Briefische, die eine Beaufsichtigung fürchten, flüchten hierher. Hier stört niemand, hier hat alles nur das gleiche Interesse: gegen den Mietpreis einer Tasse Kaffee Schreibgelegenheit und Melancholienheit benutzen zu dürfen.

Aber welche Briefe, außer den zarbesalteten, schreibt man heute noch mit der Hand, ohne sich eine wirtschaftliche Blöße zu geben? All der kleinen Kaufleute, der Reisenden, der unentbehrlichen Journalisten, die keine Maschine haben, nimmt sich ein anderes Café an. Es gibt jedem Besucher das Recht, auf einer Schreibmaschine zu tippen. Da kommen sie an, die hastigen und unruhigen Zeitgenossen, stürzen einen Kaffee herunter und tippen: „Auf Ihr Geheiß von vorgelesen.“ und schreiben die berühmten „binnen“-Briefe und die mit „widrigenfalls“. Da kommen sie an, die verträumten und phantastischen Zeitgenossen, lassen den Kaffee neben sich kalt werden und tippen mit einem Finger die Feuilletons, die von Redaktion zu Redaktion wandern und doch nicht das Licht der Druckerschwarz erbliden.

In wieder einem anderen Café braucht der glückliche Birt nichts weiter zu tun als zu lächeln und die scharenweise hereinströmende Bohème zu begrüßen. Die Bohème, die nicht pumpt, die gut gekleidet ist, Geld hat und möglichst im eigenen Auto vorfährt. Da sitzen Leute, die nicht nur vom Theater, vom Film und vom Kabarett reden, sondern wirklich dort zu finden sind. Da sind Männer mit langen Künstlerlocken, die noch herumlaufen wie zu Schuberts Zeiten. Da sind Männer nach der letzten Mode gekleidet, wie aus den Journalen eleganter Schneider entsprungen, da sind vor allem Frauen, schöne Frauen aller Jahrgänge, fast so viele wie im Café der Mannequins. Das ist im Textilviertel ein kleines, unauffälliges Lokal. Wer durch die Drehtür geht, der muß irgendwelche Beziehung zur Textilbranche haben, zwischen zwölf und zwei ist Hochbetrieb. Bald ist kein Stuhl mehr frei. Eine Fülle schöner, junger Frauen, dazuwischen Männer aus der Konfektion, denen man den Beruf schon am Anzug ansieht. In der Ecke sitzen sechs entzückende Mädels. Man weiß nicht, welche man zuerst anschauen soll. Immer neue kommen, verteilten sich an allen Tischen, kommen und gehen. Jeder kennt jeden, hier trinken die Mannequins ihren Mittagskaffee. Dazwischen werden Geschäfte gemacht und Flirts, Engagements geschäftlicher und privater Natur. Man lächelt beim Kommen, man drückt sich die Hand beim Gehen, und der Teufel weiß, was man inzwischen verabredet hat.

Ein Café der Engagementslosen ist in der Straße, in der die Theateragenten ihre Bureaus haben. Hier hocken von morgens bis abends die engagementslosen Schauspieler, Opernleute, Artisten vom Kabarett, vom Varieté, vom Tingeltangel, die vielen Filmstatisten; die auf der nahen Filmbörse wieder keine Arbeit bekommen haben. Da sitzen sie herum, machen traurige Gesichtser, schimpfen von eif bis zwölf auf die Agenten, von zwölf bis eins auf die Direktoren, von eins bis zwei auf die ganze Welt, und an Nachmittag geht es in umgekehrter Reihenfolge wieder weiter. Zwischendurch klappern sie die Bureaus der Agenten ab, bis sie wieder müde und traurig in ihrem Stammcafé landen.

Das Café der Briefmarkensammler schließlich sieht schon ganz wie eine Börse aus. Da sitzt kaum einer auf seinem Platz. Alles wandert umher von Stuhl zu Stuhl, sieht Bekannten und Unbekannten über die Schulter und lächelt dabei mitleidig oder bricht in anerkennende Bewunderung aus. Jeder zieht ein Büchlein aus der Tasche und blättert darin. Das sind lauter Briefmarken-Tauschhefte. Hier wird mit einer Leidenschaft getauscht, die Nichtsammler verständnislos „besserer Dinge“ für wert halten. Aber was kann es für diese Leute besseres geben, als diese Papierechen zu sammeln! Manchmal ist so ein Tausch schmerzhaft. Von wegen Wert und so. Und manchmal einigen sich die Tauschenden nicht. Dann entscheidet der Ober. Auch er ist, wie es sich hier gehört, Sammler.

Zur Erhöhung der Viehzölle.

Von P. Bergmann, N. d. R.

Der Kampf um die Zölle ist durch den Abschluß der Reichstagsverhandlungen vorläufig beendet. Zufriedenheit herrscht jedoch keineswegs in der Landwirtschaft, die Rechtsprelle schreibt von „halben Maßnahmen in der Agrarpolitik“ und von der „geprellten Landwirtschaft“. Das alte Rezept, schreien und wieder schreien, wird noch immer von den Agrariern angewandt. Wie alle Zollserhöhungen werden auch die diesmaligen nicht das bringen, was die Zoll-demagogie versprochen hat. Eine Entscheidung ist noch nicht endgültig getroffen, sondern wird erst im Herbst fallen. Hier wollen wir in erster Linie von der Fleisch- und Viehzollpolitik sprechen.

Der Versuch, die Gefrierfleisch-Einfuhr zu beseitigen, ist an dem Widerstand der Sozialdemokratie gescheitert, die Einfuhr von Leber ist für die nächsten Jahre gesichert.

Bei der Ergänzung des § 4 des Reichsviehschutzen-gesetzes vom 26. Juni 1909 ist es der bürgerlichen Mehrheit gelungen, eine Verschlechterung der Regierungsvorlage durchzuführen. Die Auswirkung derselben läßt sich noch nicht überblicken. Es scheint jedoch, als sei eine Kontingentierung des Fleisches aus den Seegrenzschlachthäusern nach dem Inland geplant.

Der Schrei nach erhöhten Vieh- und Fleischzöllen ist keineswegs verstummt.

Ein Verbot der Einfuhr von Gefrierfleisch wird ebenfalls gefordert. Das Versprechen einer Reichsregierung, das die zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch bis Ende 1933 sichert, soll gebrochen werden. Weiter wird gefordert die Angleichung der Zölle für Lebendvieh an den Fleischzoll. Damit hofft man die Einfuhr von Schlachtoch abzurufen.

Um die notwendige Stimmung für diesen „edlen Zweck“ zu machen, werden die Einfuhrzahlen besonders frisiert. Dabei hilft das Verschweigen eines Zollamts frächtig mit. Im September vorigen Jahres soll die Einfuhr von Rälbern aus Dänemark 12.448 betragen haben. In Wirklichkeit waren es nur 448, ein Zollamt hatte 12.000 zuviel angegeben.

Die Vieheinfuhr von Dänemark, besonders nach dem Hamburger Markt, spielt in letzter Zeit eine besondere Rolle in der Landbundagitation. Die Einfuhrziffern für dänisches Schlachtoch sind 1928 folgende:

Rälber	448
Jungvieh bis zu 1 1/2 Jahren	8.405
Jungvieh von 1 1/2 bis 2 1/2 Jahren	3.534
Stärken	ca. 12.000
Rühe	ca. 160.186
Bullen	38.329
Ochsen	34.686
	257.538

Die oft vertretene Auffassung, die auch vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft gestützt wird, daß mehr denn zwei Drittel der dänischen Vieheinfuhr Rälber seien (die Abfallprodukte der dortigen Milchwirtschaft), bedarf einer entsprechenden Korrektur.

Die Vieh- und Fleischeinfuhr wird nicht nur durch Zoll, sondern auch durch Frachtkosten, verschiedene Gebühren und Spefen belastet. Je nach der Höhe der Zölle für Fleisch oder Vieh schwanzt die Einfuhr in lebendem Vieh oder zubereitetem Fleisch, Fracht und sonstige Spefen sind bei der Vieheinfuhr größer und deshalb nur tragbar für gutes Schlachtoch. Die Transportkosten für Fleisch ab Dänemark nach Hamburg betragen im Durchschnitt 5 Pf. pro Kilo, dagegen bei Lebendvieh das Doppelte. Dazu kommen noch Gefahren für größere Verluste auf dem Seewege. Wird also dem Verlangen, die Zollhöhe für Schlachtoch zu erhöhen, nachgegeben, dann wird die Zufuhr von Fleisch gesteigert. Den Schaden tragen die Steuerzahler.

Die mit vielen Millionen erbauten Seegrenzschlachthäuser werden mit großen Summen Zuschußbetriebe,

und eine nicht unerhebliche Zahl Fleischergelassen, Viehtreiber usw. wird arbeitslos. Die verlangte Annäherung des Viehzolls an den Fleischzoll bringt keinen Nutzen, dafür aber nicht unerhebliche Schäden. Die Erfahrungen der letzten Jahre bestätigen die Richtigkeit unserer Auffassung.

Das Verlangen, die Einfuhr dänischer Rinder für die Sommermonate zu sperren, bringt keineswegs den gewünschten Erfolg. Die Entschliekung des Reichstags in dieser Angelegenheit hat in Dänemark bereits Beunruhigung gebracht. Direktor Hestvedt vom dänischen Landwirtschaftsministerium hat u. a. erklärt: „Ich betrachte es als ausgeschlossen, daß Deutschland ein Verbot gegen die Einfuhr von Vieh aus Dänemark in den Sommermonaten erlassen wird. Es stände das in direktem Gegensatz zu den Tendenzen des Rälberbundes und der Konvention über Ein- und Ausfuhrverbote, der Deutschland im Prinzip beigetreten ist.“ Die Behauptung, daß in der Vorkriegszeit eine solche Sperre bestanden hat, ist unzutreffend. Beachtenswert ist jedoch, daß in den Monaten Oktober-November, wo starke Auftriebe deutschen Weideniehs zu verzeichnen sind, die dänische Zufuhr erheblich nachläßt. Die Dänen bleiben in dieser Zeit dem deutschen Markt fern, weil sie entsprechende Preise nicht erzielen können.

Der Anteil des Auslandes an der Fleischlieferung

Ist im Jahre 1928 wieder auf den Vorkriegszustand zurückgegangen. Im Mai 1929 ist die Einfuhr von frischem Rind- und Kalbfleisch annähernd 9000 Doppelzentner geringer als im Mai 1913. Bei Schweinefleisch betrug die Einfuhr vom Januar bis Mai d. J. 79.635 Doppelzentner gegen 148.299 Doppelzentner in derselben Zeit des Jahres 1913.

Die „Deutsche Tageszeitung“ vom 27. Juni d. J. muß in einem Artikel über den „Ruin der deutschen Viehzucht“ anerkennen, daß die Fleischversorgung durch die deutsche Landwirtschaft noch nicht ganz gesichert ist. Trotdem verlangt sie erhöhte Zölle und Einfuhrverbote für Gefrierfleisch. Die unzutreffende Behauptung, daß nur abgemolkene Rülhe (also geringe Qualitäten) eingeführt werden, wird wiederholt, um „zu beweisen“, daß die Preise für deutsche geringe Qualitäten gedrückt werden. Das Landbundorgan verschweigt, daß Preise und Qualität dieser Klasse Rülhe von heute mit denen der Vorkriegszeit nicht verglichen werden können. Die Umstellung in der deutschen Landwirtschaft hat zur Folge ein erheblich größeres Angebot abgemolkener Rülhe sehr geringer Qualität. Die wiederholt veröffentlichten Preisvergleiche zwischen der Vor- und Nachkriegszeit sind deshalb unzutreffend.

Die weitere Behauptung, daß die Auslandszufuhren besonders auf dem Hamburger Markt größer seien als die Inlandszufuhren, ist ebenfalls unrichtig, wie die nachstehenden Zahlen ergeben. Die Zufuhr nach dem Hamburger Markt war 1928:

	Inlandszucht	Auslandszucht
Ochsen	21.318	19.942
Stärken	10.578	8.451
Bullen	11.198	4.478
Rülhe	30.794	10.572
Kälber	71.983	263
Schweine	657.166	—
Schafe	62.116	6

An geschlachteten Tieren einschließlich gefrorener Tierkörper wurden zugeführt:

Großvieh	11.710	6.532
Rälber	30.005	10.857
Schweine	20.244	1.405
Schafe	3.833	20.613

Der Hamburger Markt verzorgt nicht nur das Städtegebiet Hamburg-Altona-Wandsbek, Harburg-Wilhelmsburg, sondern auch einen erheblichen Teil des Industriegebiets. Ein erheblicher Teil der schleswig-holsteinischen Wurstfabriken deckt seinen Bedarf ebenfalls auf dem Hamburger Markt.

Die stürmisch geforderte Angleichung der Lebendviehzölle bringt der Landwirtschaft keinen Nutzen, den Verbrauchern Nachteile und der allgemeinen Volkswirtschaft Schaden. Dazu kommen noch im besonderen die Schäden für die städtischen Seegrenzschlachthäuser und für eine erhebliche Zahl im Schlachterhandwerk tätiger Meister, Gesellen und Arbeiter. Erhöhte Zölle und Einfuhrverbote sind nicht die Allheilmittel für die Landwirtschaft, sondern nur die von der Sozialdemokratie wiederholt in- und außerhalb des Parlaments gezeigten Wege.

Der hessische Ferngaskampf.

Keine Entscheidung für die Ruhr. — Verhandlungen über kommunalpolitische Lösung.

Die mit Spannung erwartete Generalversammlung der Heloga tagte unter Ausschluß der Presse. Eine der Öffentlichkeit übergebene, einstimmig gefasste Entschliekung läßt erkennen, daß die Heloga das Ruhrangebot noch nicht angenommen hat und zunächst mit der Südwestdeutschen Gas A. G. über den Plan der Produktionsgemeinschaft weiter verhandeln will. Die Entschliekung lautet:

„Die Generalversammlung hat von dem Stand der bisherigen Verhandlungen Kenntnis genommen. Sie stellt fest, daß Vorstand und Aufsichtsrat allen Möglichkeiten der Gasbeschaffung in objektiver Weise nachgegangen sind und alles getan haben, den Interessen der hessischen Gasverbraucher bestens gerecht zu werden. Die Generalversammlung erkennt insbesondere auch an, daß Vorstand und Aufsichtsrat bemüht waren und nach den abgegebenen Erklärungen auch zukünftig bestrebt sein werden, den berechtigten Interessen des Saargebietes in loyaler Weise Rechnung zu tragen. Die Generalversammlung stellt weiter fest, daß die bisherigen vorbereitenden Arbeiten den Entschlieklungen der in der Heloga zusammengeschlossenen kommunalen Verbände in keiner Weise vorgehen.“

Die Generalversammlung ist hinsichtlich der neuerdings von der Südwestdeutschen eingeleiteten Verhandlungen mit Aufsichtsrat und Vorstand der Meinung, daß — unabhängig von der Frage, ob auf der Basis von 5,16 Pfennig eine Gasversorgung aufgebaut werden kann — wegen des Vorschlages über die Herbeiführung einer gemeinsamen Produktionsbasis eine Prüfung der Kalkulation und der Rechnungsunterlagen notwendig ist, ehe eine grundsätzliche

Entscheidung zu dem Angebot der Südwestdeutschen in Frage kommen kann, daß aber in erster Linie der Vorstand der Heloga nunmehr seinerseits der Südwestdeutschen Vorschläge für eine Zusammenarbeit unter Verwendung der von der Heloga bisher erzielten Verhandlungsergebnisse unterbreiten soll.

Die Generalversammlung beschließt: Der Vorstand bleibt beauftragt, hiernach die Verhandlungen fortzuführen und so bald wie möglich das Ergebnis dem Aufsichtsrat und der Generalversammlung zur Beschlußfassung vorzulegen.

Stillelegung in der Kunstseidenindustrie.

Arbeiter und Angestellte auf der Straße.

In der Kunstseidenindustrie der ganzen Welt wird zwar noch mächtig verdient, aber in den letzten Jahren ist es durch die rielenhafte Ausdehnung der Produktion zu schweren Preiskämpfen gekommen. Vor allem sind es die kleineren und unabhängig gebliebenen Fabriken, die gegenüber den Großkonzernen nicht mehr mithalten. Zu diesen Fabriken gehört offenbar auch die 1923 gegründete Spinnstoffwerk Glauchau A. G. in Glauchau-Sachsen. Von dieser Gesellschaft wird jetzt gemeldet, daß der Betrieb zum 1. Juli stillgelegt worden ist. Rund 500 Arbeiter und 60 Angestellte sind arbeitslos geworden, da nur ein kleiner Teil der Belegschaften mit Aufräumungsarbeiten beschäftigt wird.

Die Verwaltung hat erklärt, daß es sich nur um eine vorübergehende Stillelegung handle, die wieder aufgehoben werden solle, wenn die Verhältnisse auf dem Kunstseidenmarkt, d. h. offenbar die Preise, sich wieder gebessert hätten. Es ist bekannt, daß die Vereinigten Glanzstoffwerke mit der holländischen Enka-Gesellschaft sich deshalb verschmolzen haben, weil sie damit eine Erhöhung der Kunstseidenpreise glauben erreichen zu können. Wie wir gehört haben, rechnet man mit mindestens 1 Mark Preiserhöhung pro Pfund. Da die Glauchauer Werke nach der Angabe der Verwaltung ihre Produktion bisher immer glatt absetzen konnten, wenn auch nur mit Verlusten, könnte die Rechnung richtig sein, daß die Preise später wieder bessere Verdienstmöglichkeiten geben. Es stimmt allerdings bedenklich, daß das Glauchauer Werk auch in früheren Jahren, wo die Preisverhältnisse günstiger waren, keine Gewinne ausschütten konnte.

Stad Motorflug halbes Kapital verloren.

Seit 1925 bereits hat die Stad Motorflug A. G. in Berlin mit Verlusten gearbeitet. Jetzt zeigt sich, daß trotz des Hilfskredits für die landwirtschaftliche Maschinenindustrie, an dem auch die Stad Motorflug A. G. beteiligt war, die Gesellschaft weiter schwere Verluste erlitten hat. Sie muß mitteilen, daß das halbe Aktienkapital von 2,42 Millionen durch die eingetretenen Verluste als verloren angesehen werden muß und schlägt vor, das Kapital im Verhältnis 10 : 1 zusammenzulegen und später wieder auf 1,6 Millionen zu erhöhen.

Eine Opel-Finanzierung G. m. b. H. Die Firma Adam Opel hat in Gemeinschaft mit der General Motors Co. eine Opel-Finanzierungs-Gesellschaft m. b. H. gegründet. Das neue Unternehmen verfügt über ein Kapital von drei Millionen Mark. Es soll Kredite an Autokäufer vermitteln und entsprechende Wechsel diskontieren. Damit hat das Rüsselsheimer Unternehmen die eigene Finanzierung des Autoabzahlungsgegeschäfts nach amerikanischem Muster übernommen.

Bremer Vulkan hat schon verdient. Die Bremer Vulkan Schiffbau- und Maschinenfabrik in Bogenfelde, die dem Thyssen-Konzern nahesteht, hat im Jahre 1928 ihre Rohgewinne von 2,45 auf 2,58 Millionen erhöht. Durch Erhöhung der Abschreibungen um rund 100.000 Mark auf rund 700.000 Mark ging der ausgewiesene Reingewinn leicht von 1,11 auf 0,98 Millionen zurück. An Aktionäre wird wie im Vorjahre die schöne und bei Wertigen beachtliche Dividende von 8 Proz. verteilt. Alle Zweige des Unternehmens waren nach dem Geschäftsbericht im vergangenen Jahre gut mit Arbeit versehen, der anfängliche Gewinn wurde trotz der dreimonatigen Stillelegung durch Aussperrung und Streik erzielt, und die herangeholten Aufträge geben der Wert für das neue Geschäftsjahr ausreichende Beschäftigung.

Amerika in der deutschen Flugzeugindustrie. — Flugzeuge gegen Abzahlung. Zu den jungen und schonbar mit Erfolg arbeitenden Werten der deutschen Flugzeugindustrie gehört die Raab-Kapenstein-Flugzeugwerk G. m. b. H. in Kassel. In diesem Werk hat sich jetzt eine amerikanische Flugzeugfabrik festgesetzt, und zwar durch Uebernahme von 19 Proz. der Geschäftsanteile und durch den Erwerb sämtlicher Lizenzen der deutschen Firma für Nord- und Südamerika. Raab-Kapenstein bekommt dafür Bargeld und außerdem 7 Proz. des Kapitals der mit einer halben Million Dollar arbeitenden amerikanischen Gesellschaft, die ihrerseits sämtliche Flugzeugtypen des Raab-Kapensteinwertes bauen will. Die Amerikaner haben die Absicht, das Kasseler Werk zu reorganisieren und nach amerikanischer Art auch in Deutschland Flugzeuge gegen Abzahlung und Abzahlung zu verkaufen. Allerdings wird gleichzeitig gemeldet, daß Arbeiterentlassungen vorgenommen werden sollen. Die Frage wäre also zu prüfen, inwieweit Raab-Kapenstein nicht etwa nur Verkaufs- und Montagegesellschaft für die amerikanische Firma werden soll.

Unünstiger Außenhandel in Polen. Die polnische Statistik zeigt eine recht unünstige Entwicklung des polnischen Außenhandels. Von Januar bis Mai hat sich die Gesamteinfuhr auf 1385,5 Mill. Loty erhöht, während die gesamte Ausfuhr auf 965,9 Mill. zurückging. Um rund 400 Mill. Loty ist die polnische Außenhandelsbilanz also passiv.

Ein Blick genügt

Qualität
heisst immer

SALAMANDER

DAS ERZEUGNIS DER GRÖSSTEN DEUTSCHEN SCHUHFABRIK



